

Beteiligtentransparenzdokumentation

Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/723)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 20. April 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Gesetzentwurf verfolgt mehrere Ziele:

1. Von der Bauministerkonferenz initiierte Forschungsvorhaben haben ergeben, dass die aus Sicherheitsgründen erforderliche Dauer der Feuerwiderstandsfähigkeit bestimmter Bauteile auch mit Baustoffen aus Holz erreicht werden kann, soweit bestimmte technische Rahmenbedingungen eingehalten werden.
2. Sowohl die Nutzung der Elektromobilität als auch der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur erfordern eine Vielzahl auch kleinerer Baumaßnahmen, die regelmäßig keine bauplanungs- oder bauordnungsrechtlichen Probleme aufweisen. Das bisher erforderliche bauaufsichtliche Verfahren ist daher weder aus städtebaulichen Gesichtspunkten noch aus Gründen der Bauwerkssicherheit zwingend erforderlich.
3. In vielen Fällen sind neben der Baugenehmigung auch fachrechtliche Genehmigungen erforderlich. Da die doppelte Genehmigungsbedürftigkeit zu einer Verzögerung des Baubeginns führen kann, sollen Verfahren zusammengeführt werden.

B. Lösung

Änderung der Thüringer Bauordnung, um die Möglichkeiten zur Verwendung von Holz zu erweitern sowie die Nutzung der Elektromobilität und den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur von bauaufsichtlichen Verfahren freizustellen sowie Änderung weiterer Rechtsvorschriften mit dem Ziel, Genehmigungsverfahren zusammenzuführen

C. Alternative

Beibehaltung der bisherigen Rechtslage

D. Kosten

Für das Land entstehen keine Kosten.

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung der Thüringer Bauordnung

Die Thüringer Bauordnung vom 13. März 2014 (GVBl. S. 49), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 26 Abs. 2 werden folgende Sätze angefügt:

"Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind andere Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern sie den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen. Satz 4 gilt nicht für Wände nach § 30 Abs. 3 Satz 1 und Wände nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1."

2. Dem § 28 Abs. 5 wird folgender Satz angefügt:

"Abweichend von Absatz 3 sind hinterlüftete Außenwandbekleidungen, die den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen, mit Ausnahme der Dämmstoffe, aus normalentflammbaren Baustoffen zulässig."

3. § 60 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 Buchst. b erhält folgende Fassung:

"b) Garagen und Fahrradgaragen einschließlich überdachter Stellplätze und Abstellplätze für Fahrräder mit einer mittleren Wandhöhe im Sinne des § 6 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 bis zu 3 Meter und mit einer Brutto-Grundfläche bis zu 40 Quadratmeter, außer im Außenbereich,".

- b) Nummer 5 Buchst. a erhält folgende Fassung:

"a) unbeschadet der Nummer 4 Buchst. b Antennen einschließlich der Masten mit einer Höhe bis zu 10 Meter, auf Gebäuden gemessen ab dem Schnittpunkt der Anlage mit der Dachhaut, im Außenbereich frei stehend mit einer Höhe bis zu 15 Meter und zugehöriger Versorgungseinheiten mit einem Brutto-Rauminhalt bis zu 10 Kubikmeter sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage,".

- c) Nummer 15 Buchst. b erhält folgende Fassung:

"b) Zapfsäulen und Tankautomaten genehmigter Tankstellen sowie Ladestationen für Elektromobilität und die damit verbundene Änderung der Nutzung,".

Artikel 2

Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Das Thüringer Waldgesetz in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 327), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 414) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 10 wird folgender Absatz 8 angefügt:

"(8) Ist für eine Waldfläche in einem Bauleitplan eine Änderung in eine andere Nutzungsart vorgesehen, so prüft die untere Forstbehörde im Rahmen der Beteiligung nach § 4 BauGB, ob die Voraussetzungen für eine Genehmigung zur Nutzungsartenänderung nach den Absätzen 2 bis 4 vorliegen. Soweit gegen die Genehmigung der Nutzungsartenänderung keine Versagungsgründe vorliegen, stellt die untere Forstbehörde die Genehmigung zur Nutzungsartenänderung in ihrer Stellungnahme in Aussicht. In diesem Fall darf die spätere Genehmigung der Nutzungsartenänderung nur versagt werden, wenn zum Zeitpunkt des Antrags auf Nutzungsartenänderung eine wesentliche Änderung der Sachlage eingetreten ist und zwingende Gründe des öffentlichen Interesses eine Versagung rechtfertigen."

2. § 26 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Aus Gründen der Gefahrenvermeidung ist bei der Errichtung von Gebäuden ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung durch die untere Forstbehörde. Baugenehmigungen und bauordnungsrechtliche Zustimmungen schließen die forstrechtliche Genehmigung ein; sie bedürfen insoweit des Einvernehmens der unteren Forstbehörde. Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn es nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Bauaufsichtsbehörde verweigert wird."

Artikel 3

Änderung des Thüringer Straßengesetzes

§ 24 Abs. 9 des Thüringer Straßengesetzes vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273), das zuletzt durch Gesetz vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 302) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"(9) Die obere Straßenbaubehörde kann im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten der Absätze 1, 5 und 7 zulassen, wenn die Durchführung der Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Ausnahmen können mit Bedingungen und Auflagen versehen werden. Ist ein Baugenehmigungsverfahren erforderlich, wird die Entscheidung durch die untere Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der oberen Straßenbaubehörde getroffen."

Artikel 4
Änderung der Thüringer Bundesfern- und
Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung

§ 1 der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Februar 2001 (GVBl. S. 14), die zuletzt durch Artikel 63 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Nr. 1 Buchst. a werden die Worte "auf Bundesautobahnen innerhalb Thüringens und" gestrichen.
2. In Absatz 3 werden die Worte "§ 2 Abs. 6 Satz 1," und "sowie nach § 24 Abs. 9 ThürStrG" gestrichen.
3. In Absatz 5 Nr. 1 wird der Verweis "§17b Abs. 1 Nr. 6 Satz 1 FStrG" ersetzt durch den Verweis "§ 17b Abs. 1 Nr. 2 FStrG".

Artikel 5
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 4 Nr. 1 und 3 am 1. Januar 2021 in Kraft. Verfahren nach den in den Artikeln 2 und 3 genannten Rechtsvorschriften, die vor dem Inkrafttreten nach Satz 1 förmlich eingeleitet wurden, werden nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften abgeschlossen.

Begründung:

A. Allgemeines

Das Änderungsgesetz verfolgt mehrere Ziele.

1. Es soll die Verwendung von Holz für Bauteile ermöglicht werden, die an sich feuerbeständig sein müssen, soweit bestimmte technische Rahmenbedingungen eingehalten werden.
2. Bestimmte Anlagen zur Nutzung der Elektromobilität und zum Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur, die regelmäßig keine bauplanungs- oder bauordnungsrechtlichen Probleme aufweisen, sollen von jedem bauaufsichtlichen Verfahren freigestellt werden.
3. Neben der Baugenehmigung sind häufig weitere Genehmigungen erforderlich, die vor Baubeginn eingeholt werden müssen. In verschiedenen Fachgesetzen ist bereits geregelt, dass die Baugenehmigung von einer anderen Genehmigung ersetzt wird (beispielsweise § 15 des Thüringer Wassergesetzes) oder ihrerseits eine andere Genehmigung umfasst (beispielsweise § 12 des Thüringer Denkmalschutzgesetzes). Weitere Doppelgenehmigungspflichten sollen entfallen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1:

Allgemeines

Bauteile, die feuerbeständig sein müssen, müssen eine Feuerwiderstandsfähigkeit von 90 Minuten erreichen. Sie dürfen bisher nur aus nichtbrennbaren Baustoffen hergestellt werden. Von der Bauministerkonferenz initiierte Forschungsvorhaben haben ergeben, dass die erforderliche Dauer der Feuerwiderstandsfähigkeit auch mit Baustoffen aus Holz erreicht werden kann.

Die Nutzung der Elektromobilität erfordert nicht zuletzt wegen des Wertes von Elektrofahrzeugen und ähnlichen Fahrzeugen sichere Unterstellmöglichkeiten und die Schaffung einer Ladeinfrastruktur. Die erforderlichen Baumaßnahmen haben häufig nur einen geringen Umfang und sind regelmäßig materiell zulässig. Kleinere Anlagen sollen daher verfahrensfrei gestellt werden.

Sinngemäß das Gleiche gilt für den Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur. Zu einer ausreichenden Netzabdeckung sind neue Sendeanlagen erforderlich, die häufig nur geringe baurechtliche Relevanz aufweisen und daher verfahrensfrei gestellt werden können.

Zu Nummer 1 (§ 26):

An § 26 Abs. 2 wird ein neuer Satz 4 angefügt, der alternativ zu feuerbeständigen Bauteilen - deren tragende Teile nach Satz 3 Nr. 1 aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen müssen und daher nicht aus Holz sein können - auch Bauteile aus brennbaren Baustoffen zulässt, sofern sie den einschlägigen Technischen Baubestimmungen entsprechen. Neben den bereits existierenden Regeln für die statische Bemessung von Holzbauteilen soll das vor allem die neu erarbeitete Muster-Holzbaurichtlinie der Bauministerkonferenz sein, die konkretisierende Regelungen zum Brandschutz enthält.

Da die bauordnungsrechtliche Definition des Begriffs "feuerbeständig" seit Jahrzehnten in der bestehenden Form bekannt und verbreitet ist, erscheint es nicht zielführend, sie zu ändern. Stattdessen wird klargestellt, dass Bauteile aus brennbaren Baustoffen zwar nicht feuerbeständig sind, aber unter den genannten Voraussetzungen an Stelle feuerbeständiger Bauteile verwendet werden können. Der neue Satz 5 nimmt Brandwände und Wände notwendiger Treppenträume, sofern sie die Bauart von Brandwänden haben müssen (in Gebäuden der Gebäudeklasse 5), von dieser Regelung aus. Brandwände und Wände in der Bauart von Brandwänden haben immer den Zweck, auch ohne Eingreifen der Feuerwehr als Barriere gegen die Brandausbreitung zu dienen. Sie müssen daher zusätzlich zu der erforderlichen Feuerwiderstandsfähigkeit auch aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

Zu Nummer 2 (§ 28):

An § 28 Abs. 5 wird ein neuer Satz 2 angefügt, der alternativ zu schwerentflammenden Außenwandbekleidungen - die nicht aus unbehandeltem Holz bestehen können, da Holz zu den normalentflammenden Baustoffen gehört - auch Außenwandbekleidungen aus normalentflammenden Baustoffen zulässt, sofern sie den einschlägigen Technischen Baubestimmungen (der zukünftigen Muster-Holzbaurichtlinie der Bauministerkonferenz) entsprechen. Damit soll dem Bedürfnis von Planern und Bauherrn Rechnung getragen werden, den Baustoff Holz, der das innere Tragsystem bildet, dann an der Fassade auch nach außen hin sichtbar zu machen, was bisher nur bei Gebäuden der Gebäudeklassen 1 bis 3 möglich ist. Einer Brandausbreitung entlang der Oberfläche soll dabei durch die Anordnung konstruktiver "Brandsperrern" in bestimmten Abständen entgegengewirkt werden. Auch hierzu enthält die Muster-Holzbaurichtlinie konkretisierende Regelungen.

Zu Nummer 3 (§ 60):

Durch die zunehmende Bedeutung des Fahrradverkehrs sind mehr Fahrradabstellmöglichkeiten als bisher erforderlich. Da zunehmend auch hochpreisige Fahrräder genutzt werden, steigt auch der Bedarf an umschlossenen oder zumindest witterungsgeschützten Abstellmöglichkeiten. Daher werden in Nummer 1 Buchst. b auch Fahrradgaragen und überdeckte Fahrradabstellplätze verkehrsfrei gestellt. Die verkehrsfreie Größe entspricht der Größe von Pkw-Garagen und überdachten Pkw-Abstellplätzen (Carports).

Der Ausbau der Mobilfunknetze erfordert eine Vielzahl neuer Standorte, insbesondere auch im Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB. In Nummer 5 Buchst. a wird die Höhe verkehrsfreier Masten von 10 Meter auf 15 Meter erhöht. Diese Höhe ist in vielen Fällen für eine flächendeckende Versorgung ausreichend. Gleichzeitig wird klargestellt, dass bei Antennenmasten auf Gebäuden für die verkehrsfreie Höhe nicht die Anbringung auf dem Gebäude, sondern der Austritt aus dem Dach maßgeblich ist.

Der Ausbau der Elektromobilität erfordert die Herstellung einer Ladeinfrastruktur. Die dazu erforderlichen Anlagen haben regelmäßig keine bauordnungsrechtliche oder städtebauliche Relevanz. Insbesondere bestehen auch aus Brandschutzgesichtspunkten keine tiefgreifenden Bedenken gegen die Herstellung von Ladeeinrichtungen auch in Garagen. Daher werden die Ladestationen in Nummer 15 Buchst. b verkehrsfrei gestellt unabhängig davon, ob es sich um private oder gewerbliche Einrichtungen handelt.

Zu Artikel 2 (Thüringer Waldgesetz)

Zu Nummer 1 (§ 10):

Soll auf Waldflächen eine andere insbesondere bauliche Nutzung erfolgen, ist hierfür eine Genehmigung der unteren Forstbehörde zur Nutzungsartenänderung erforderlich. Bauleitpläne, die eine andere insbesondere bauliche Nutzung vorbereiten sollen, stellen selbst noch keine Nutzungsänderung dar. Eine Genehmigung zur Änderung der Nutzungsart ist erst für die spätere Umsetzung der Bauleitplanung durch konkrete Baumaßnahmen erforderlich. Gleichwohl ist die untere Forstbehörde im Bauleitplanverfahren als Träger öffentlicher Belange von der Gemeinde zu beteiligen.

Dieses Verfahren führt einerseits zu einer Doppelbelastung bei den Forstbehörden und andererseits zu Rechtsunsicherheiten bei den Gemeinden und den späteren Bauinteressenten.

Die Forstbehörde muss die Auswirkungen einer Bauleitplanung und deren Umsetzung zweimal beurteilen, auch wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse nicht geändert haben. Für die Gemeinde und die Bauinteressenten ist unsicher, ob tatsächlich zu einem späteren Zeitpunkt die Genehmigung zur Änderung der Nutzungsart erteilt wird.

Daher soll die Forstbehörde bereits bei ihrer Beteiligung als Träger öffentlicher Belange im Bauleitplanverfahren prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Genehmigung zur Nutzungsartenänderung vorliegen und diese gegebenenfalls in Aussicht stellen. Wird die spätere Genehmigung in Aussicht gestellt, gilt diese Aussage grundsätzlich unbefristet. Da es aber denkbar ist, dass zum Zeitpunkt des konkreten Antrags auf Nutzungsartenänderung wesentliche Änderungen der Sachlage eingetreten sind, kann die Genehmigung verweigert werden, wenn dies zwingende Gründe des öffentlichen Interesses rechtfertigen.

Zu Nummer 2 (§ 26):

Nach der geltenden Regelung des § 26 Abs. 5 ist für die Errichtung von Gebäuden innerhalb eines Abstands von 30 Metern zum Wald neben der forstrechtlichen Genehmigung auch eine Baugenehmigung erforderlich. Beide Genehmigungen werden zwar durch die Bauaufsichtsbehörde erteilt. Da die forstrechtliche Genehmigung aber nicht zum sogenannten aufgedrängten Recht im Sinne des § 62 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, § 63 Satz 1 Nr. 3 ThürBO gehört, kann die Baugenehmigung nicht mit der Begründung versagt werden, dass die Voraussetzungen zur Erteilung der forstrechtlichen Genehmigung nicht gegeben sind. Der Bauherr erhält daher möglicherweise eine Baugenehmigung von der Baugenehmigungsbehörde, darf aber nicht Bauen, weil ihm die gleiche Behörde die forstrechtliche Genehmigung versagt hat.

Voraussetzung dieser Folge ist aber auch, dass eine Genehmigung nach § 26 Abs. 5 ThürWaldG überhaupt beantragt wird. Stellt der Bauherr nur einen Bauantrag, hat die Bauaufsichtsbehörde nur diesen zu prüfen. Die Genehmigungsbedürftigkeit nach dem Thüringer Waldgesetz darf die Bauaufsichtsbehörde bei ihrer Entscheidung nicht berücksichtigen.

Weiteres Problem der bisherigen Rechtslage ist, dass auch bei nach § 60 ThürBO verfahrensfreien Bauvorhaben wie kleinere Garagen oder Gerätehütten die forstrechtliche Genehmigung bei der Bauaufsichtsbehörde zu beantragen und durch sie zu prüfen ist, obwohl die Bauaufsichts-

behörde im Übrigen bei der Errichtung verfahrensfreier Gebäude keine Aufgaben hat. Das führt zu einer unnötigen Doppelbelastung von Forst- und Bauaufsichtsbehörden.

Durch die Neuregelung wird zum einen erreicht, dass bei nach der Thüringer Bauordnung verfahrensfreien Bauvorhaben nur die Forstbehörde beteiligt wird und zum anderen gewährleistet, dass eine Baugenehmigung zur Errichtung von Gebäuden in Waldnähe nur dann erteilt wird, wenn auch die forstrechtliche Genehmigung erteilt werden kann. Damit waldrechtliche Anforderungen berücksichtigt werden, setzt die Ersetzung der Genehmigung nach dem Waldgesetz durch eine Baugenehmigung das Einvernehmen der unteren Forstbehörde voraus. Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn es nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Bauaufsichtsbehörde verweigert wird. Diese Frist entspricht der Regelung des § 68 Abs. 1 Satz 3 ThürBO.

Zu Artikel 3 (Thüringer Straßengesetz):

§ 24 Abs. 9 erlaubt die Zulassung von Ausnahmen von verschiedenen straßenrechtlichen Verboten. Durch die Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen-Zuständigkeitsverordnung vom 9. Februar 2001 (GVBl. S. 14), zuletzt geändert durch Artikel 63 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 777) wurde die Zuständigkeit für die Zulassung von Ausnahmen auf die obere Straßenbaubehörde übertragen. Die Zuweisung der Zuständigkeit an die obere Straßenbaubehörde soll unmittelbar im Thüringer Straßengesetz erfolgen.

Zu den Entscheidungen nach Satz 1 gehört u. a. die Errichtung von Hochbauten in einer Entfernung von bis zu 20 Meter vom Fahrbahnrand und Schaffung neuer Zufahrten jeweils außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten. Die Entscheidung wird in einem eigenständigen Verfahren getroffen.

Sollen Hochbauten im Abstand zwischen 20 Meter und bis zu 40 Meter vom Fahrbahnrand errichtet oder geändert werden oder sollen Hochbauten auf durch bestehende Zufahrten erschlossene Grundstücken erheblich geändert oder umgenutzt werden (jeweils außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten), wird nach § 24 Abs. 2 im Baugenehmigungsverfahren mit Zustimmung der Straßenbaubehörde in einem einheitlichen Verfahren entschieden.

Eine Differenzierung der Struktur der Genehmigungsverfahren ist nicht erforderlich und soll daher aufgehoben werden.

Zu Artikel 4:

Bei Nummer 1 handelt es sich um eine Änderung infolge der Übernahme der Bundesautobahnen in bundeseigene Verwaltung ab dem 1. Januar 2021.

Bei Nummer 2 handelt es sich um die Änderung der Zuständigkeit bezüglich der Widmung, Umstufung und Einziehung von Bundesstraßen sowie um eine Folgeänderung zur Änderung des § 24 Abs. 9 ThürStrG durch Artikel 4.

Bei Nummer 3 handelt es sich um eine Änderung infolge der Übernahme der Bundesautobahnen in bundeseigene Verwaltung ab dem 1. Januar 2021.

Zu Artikel 5:

Artikel 5 regelt das Inkrafttreten des Mantelgesetzes.

Artikel 4 Nr. 1 und 3 kann erst mit Übernahme der Bundesautobahnen in bundeseigene Verwaltung ab dem 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Satz 3 soll vermeiden, dass bereits laufende Verfahren gestoppt und neu eingeleitet werden müssen. Daher werden Verfahren nach dem Thüringer Waldgesetz und dem Thüringer Straßengesetz nach den vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Rechtsvorschriften abgeschlossen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Evangelisches Büro Thüringen
Industrie- und Handelskammer Südthüringen
ThüringenForst
Bistum Erfurt
Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG
Industrie- und Handelskammer Erfurt
Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern
Technische Universität München
Technische Hochschule Mittelhessen
Ingenieurkammer Thüringen
Architektenkammer Thüringen
Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.
Waldbesitzerverband für Thüringen e.V.
Bundesverband Deutscher Fertigbau e.V.
Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera
BUND Thüringen e.V.
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Thüringen e.V.
Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.
Landesbeirat Wald & Holz Thüringen e. V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
17.07.2020 08:46

1663012020

OKR · Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft
Jürgen-Fuchs-Straße 1.
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon:
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 13.07.20 Aktenzeichen

Anhörung zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Evangelischen Kirchen in Thüringen danken wir für die vom Freistaat eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzentwurf und begrüßen ausdrücklich Artikel 1, Änderung der Thüringer Bauordnung § 28 Absatz i und 5, der den Einsatz von Holz als Bauteile und Verkleidungen betrifft. Das ist ein großes forstpolitisches Ziel der Kirche, für dessen Umsetzung wir uns als "Waldbesitzer" und "Bauherren" in der Vergangenheit sehr engagiert haben.

Auch gegen Artikel 2, Änderung des Thüringer Waldgesetzes § 10 und § 26 ist fachlich nichts einzuwenden, da er Klarheit bezüglich forstlicher Stellungnahmen der Unteren Behörde zu Bauleitplanungen und Baugenehmigungen und somit auch eine Verwaltungsvereinfachung für Bauherren schafft.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat

18937/2020

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Evangelisches Büro Thüringen Der Bischofstele der Ev. Kirchen bei Landtag u. Landesregierung in Thüringen</td> <td>Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Evangelisches Büro</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustinerstr. 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelisches Büro Thüringen Der Bischofstele der Ev. Kirchen bei Landtag u. Landesregierung in Thüringen	Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Evangelisches Büro Thüringen Der Bischofstele der Ev. Kirchen bei Landtag u. Landesregierung in Thüringen	Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Artikel 1, Änderung d. Th. Bauordnung § 28 Absatz i und 5 ist ausdrücklich zu begrüßen. Auch gegen Artikel 2, Änderung des Th. Waldgesetzes § 10 und § 26 ist jedoch nichts einzuwenden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.08.2020	



Industrie- und Handelskammer
Südthüringen

Hauptgeschäftsführer

THÜR. LANDTAG POST
27.07.2020 08:51

17341/2020

Industrie- und Handelskammer Südthüringen / Postfach 30 02 40 / 98502 Suhl

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Schriftl. Anhörungsverfahren

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Ver-
fahren**

Datum
21.07.2020

Ihr Zeichen/Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner

E-Mail

Telefon

Fax
+49 3681 362-400

www.suhl.ihk.de

Sehr geehrter

auf Grundlage der uns zur Verfügung gestellten Entwurfsunterlagen vom 11. Juni 2020
nehmen wir wie folgt Stellung:

Die IHK Südthüringen unterstützt die mit dem geplanten Gesetzentwurf verfolgte Inten-
tion der Verfahrensbeschleunigung.

Begründung zu Artikel 1 – Änderung der Thüringer Bauordnung

Nummer 1 und 2: Die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten für den Werkstoff Holz unter
Einhaltung der materialtechnischen Anforderungen und Sicherheitsstandards erweitert die
Betätigungsmöglichkeiten für entsprechend spezialisierte Unternehmen, die an Entwicklung,
Produktion und Verarbeitung beteiligt sind. Darüber hinaus wird die ökologische Kompo-
nente stärker betont, da es sich um einen nachwachsenden Rohstoff handelt.

Nummer 3: Insbesondere über kürzere Strecken und im urbanen Bereich spielt der Radver-
kehr im Mobilitätsmix eine zunehmende Rolle. Diese Entwicklung wird durch die Verbrei-
tung hochwertiger E-Bikes und Pedelecs zusätzlich befördert. In diesem Zuge steigt gleich-
zeitig die Nachfrage nach der zugehörigen Infrastruktur (sichere und/oder überdachte Fahr-
radstellplätze, Lademöglichkeiten u. a.). Um diesem Bedarf schneller gerecht werden zu
können, ist die Freistellung von Baugenehmigungsverfahren für kleinere Vorhaben dieser
Art, analog wie für kleinere Pkw-Garagen und Carports, ein geeignetes Mittel. Die Vereinfachung der Vorgaben zur Errichtung von Ladepunkten für Elektrofahrzeuge und die Auf-
stellung von Mobilfunkmasten zielen in die gleiche Richtung. Letztere werden im Sinne ei-
nes zügigen Ausbaus zur Eliminierung von Funklöchern und Verbesserung der Netzabde-
ckung dringend benötigt.

1/2

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
SÜDTHÜRINGEN

009 19 501 9001-2000
Reg. Nr. 00000000



Hauptgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 4–8
98527 Suhl
Tel. +49 3681 362-0
Fax +49 3681 362-100

Bildungszentrum
Hauptstraße 33
98529 Suhl-Mäbendorf
Tel. +49 3681 362-0
Fax +49 3681 362-400

Niederlassung Arnstadt
Krappgartenstraße 37–41
99310 Arnstadt
Tel. +49 3628 6130-0
Fax +49 3628 6130-512

Niederlassung Sonneberg
Gustav-König-Straße 27
96515 Sonneberg
Tel. +49 3675 7506-0
Fax +49 3675 7506-250



TLT/10465/20/1

Begründung zu Artikel 2 – Änderung Thüringer Waldgesetz

Die Abstimmung der forstrechtlichen Genehmigung mit der Baugenehmigung bei Bauvorhaben nahe eines Waldrandes durch Herstellung des Einvernehmens zwischen den beteiligten Behörden sorgt für eine deutliche Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens und gleichzeitig für eine Steigerung der Rechtssicherheit für den Bauherrn, da eine gegenseitige Blockade der beteiligten Fachbehörden durch getrennte Verfahren vermieden wird. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

Begründung zu Artikel 3 – Änderung Thüringer Straßengesetz

Die Vereinheitlichung und Zusammenführung unterschiedlicher Verfahren in Bezug zu Hochbauten in einem Streifen zwischen 20 und 40 m entlang des Straßenkörpers stellt analog zu Artikel 2 eine Vereinfachung und damit Entbürokratisierung des Verfahrensablaufs dar, was durch die IHK Südthüringen unterstützt wird.

Begründung zu Artikel 4

Hierin geregelt wird der Übergang der Zuständigkeit hinsichtlich Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Autobahnen auf dem Gebiet des Freistaates an die Autobahn GmbH des Bundes zum 1. Januar 2021. Die übergeordneten Ziele dieses Vorhabens, das deutsche Autobahnnetz in seiner Gesamtheit zu betrachten und die verfügbaren Ressourcen zielgerichteter einsetzen zu können, stehen im Einklang mit Aufrechterhaltung und Ausbau wichtiger Infrastruktur zur Verbesserung der Potentiale für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>IHK Südthüringen</td> <td>Körperschaft d. öff. Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstr. 4-8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98527 Suhl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	IHK Südthüringen	Körperschaft d. öff. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 4-8	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
Name	Organisationsform										
IHK Südthüringen	Körperschaft d. öff. Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstr. 4-8										
Postleitzahl, Ort	98527 Suhl										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Repräsent Regionalplanung und Verkehr	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren / Entbürokratisierung generell zu befürworten - effizientere Bedienung der Bedarfe am Anrechtserhaltung, Aus- u. Umbau der Infrastruktur	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, 22.07.2020	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetzesentwurf zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren - Drucksache 7/723		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">ThüringenForst</div> <div style="flex: 1;">Anstalt öffentlichen Rechts</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;">ThüringenForst</div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Hallesche Straße 16</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99085 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	- Staatswaldbewirtschaftung und Geschäfte jeder Art, die unmittelbar oder mittelbar der Waldbewirtschaftung dienen - Forstverwaltung/Untere Forstbehörde	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	erweiterte Änderungsvorschläge zur ThürBO Befürwortung der Änderung des ThürWaldG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Untersch
Erfurt, 12.07.2020	



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

Mündl. Anhörungsverfahren

THÜR. LANDTAG POST
27.07.2020 15:11

17407/2020

ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.:
Fax:

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Datum
17.07.2020

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/723 -
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, von der wir hinsichtlich der Artikel 1 und 2 des Gesetzesentwurfs wie folgt Gebrauch machen:

Art. 1 – Änderung der Thüringer Bauordnung

Durch den verstärkten Einsatz von Holz im Bauwesen können mehr als 2 Millionen Tonnen CO₂ langfristig im Holz gespeichert¹ werden. Zudem werden energieintensive Materialien wie Stahl und Beton ersetzt und damit die CO₂-Emissionen im Bauwesen jährlich um ca. 30 Mio t gesenkt². Der dafür notwendige Bezug von Rundholz ist vollständig aus nachhaltiger heimischer Forstwirtschaft leistbar. Bezogen auf die derzeitige Bautätigkeit im Inland wäre bereits ein Drittel der jährlichen Holzernte (Normaljahr, kein Kalamitätsjahr) ausreichend, um den Holzbedarf für das gesamte Neubauvolumen in Deutschland zu decken.

Geschäftsanschrift
ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt

zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Der flexible und zugleich leichte Baustoff Holz kann somit einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz sowie zum Auskommen der thüringischen Forstbetriebe leisten! Thüringen hat aufgrund seines Waldreichtums, seiner Verarbeitungsbetriebe und der langen Tradition des Bauhauses das Potential, eine Vorreiterrolle für den modernen Holzbau in Deutschland einzunehmen! Die öffentliche Hand sollte hierfür als Modellgeber vorweggehen und das Bauen mit Holz zum Standard für alle öffentlichen Bauvorhaben machen - auch um Vorzeigeprojekte zu realisieren.

1 Vgl. Treibhausgasbilanzierung von Holzgebäuden – Umsetzung neuer Anforderungen an Ökobilanzen und Ermittlung empirischer Substitutionsfaktoren (THG-Holzbau), Annette Hafner et.al 2017

2 Vgl. Waldbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2017, S.71 ff

Die hier bezeichneten E-Mail-Adressen sind nicht zur Übermittlung rechtsverbindlicher Anträge und Erklärungen geeignet. Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, dem Zweck der Datenverarbeitung, zu Ihren Rechten sowie Kontaktdaten für weitere Fragen zum Datenschutz finden Sie im Internet unter www.thueringenforst.de/datenschutz. Alternativ kontaktieren Sie uns: über die Kontaktdaten unserer Zentrale oder per E-Mail an datenschutz@forst.thueringen.de.



TLT/10823/20/9

I. Zum Gesetzesentwurf

Zu Nr. 1 – Änderungsvorschlag

Dem § 26 Abs. 2 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind tragende oder aussteifende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern die hinsichtlich der Standsicherheit und des Raumabschlusses geforderte Feuerwiderstandsfähigkeit nachgewiesen und die Bauteile und ihre Anschlüsse ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sind.“

Satz 5 wird gestrichen.

Begründung: Die geplante Ergänzung nach § 26 Abs. 2 verbessert nur bedingt die Voraussetzungen für die Verwendung von Holz im Hochbau. Vor allem die Verweise auf § 30 Abs. 3 Satz 1 und § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 benachteiligen erneut den Einsatz von Holz und stellen nicht den Stand der Technik dar. Durch den Änderungsvorschlag wird erst der Grundstein für die Verwendung von Holz im Hochbau gelegt und das formulierte Ziel der Landesregierung wird erreichbar gemacht.

II. Weitere Änderungsvorschläge zur ThürBO

ThüringenForst möchte die Ziele der Landesregierung vollends unterstützen. Um die Bautätigkeit attraktiver zu gestalten und den Einsatz klimafreundlicher Baustoffe konsequent voranzutreiben, sind aus unserer Sicht jedoch weitergehende Änderungen der Thüringer Bauordnung erforderlich.

Zu § 2 Abs 3

Dem § 2 Abs 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Abweichend von Satz 2, kann zur Einstufung in die Gebäudeklasse 3 die Geländeoberfläche, die von der Feuerwehr zur Bildung des zweiten Rettungsweges genutzt wird, zur Berechnung der Höhe herangezogen werden, wenn für jede Nutzungseinheit der zweite Rettungsweg nachgewiesen wird.“

Begründung: Die Höhenbestimmung eines Gebäudes im Sinne des Abs. 3 Satz 3 erfolgt durch die Bezugnahme auf die Geländeoberfläche im Mittel. Daraus resultiert, dass Gebäude in Hanglagen oder mit hohen Erdgeschossen, die von der Charakteristik eher einem Gebäude der Gebäudeklasse (GK) 3 entsprechen, in die Gebäudeklasse 4 kategorisiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Gebäude mit Nutzungseinheiten größer 400m² dann sogar der Gebäudeklasse 5 zugeordnet werden. Grund ist der scheinbare Wegfall der Anleiterbarkeit zur Bildung des zweiten Rettungsweges. Als Konsequenz daraus ergeben sich unbegründete erhöhte Anforderungen und damit auch deutlich erhöhte Baukosten. Dies steht der Aufstockung von Gebäuden, die vorrangig mit Holz realisierbar ist, entgegen.

Zu § 2 Abs. 7

Es wird ein neuer Abs. 7 eingefügt:

„Vollgeschosse sind Geschosse, die mehr als 1,40 m über der Geländeoberfläche im Mittel hinausragen und – von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußboden der darüber liegenden Decke oder bis Oberkante Dachhaut des darüber liegenden Daches gemessen – mindestens 2,30 m hoch

sind. Die im Mittel gemessene Geländeoberfläche ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Höhenlage der Geländeoberfläche an den Gebäudeecken.

Keine Vollgeschosse sind

1. Geschosse, die ausschließlich der Unterbringung von haustechnischen Anlagen und Feuerungsanlagen dienen und
2. oberste Geschosse, bei denen die Höhe von 2,30 m über weniger als drei Viertel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses vorhanden ist.“

Die bisherigen Absätze 7 bis 11 verschieben sich jeweils um eine Nummer nach hinten.

Begründung: Es wird eine Ergänzung der Definition des Vollgeschosses zwischen den Absätzen 6 und 7 vorgeschlagen, analog zur Landesbauordnung Baden-Württemberg.

Zu § 6 Abs. 5 Satz 2

§ 6 Abs. 5 Satz 2 wird neu gefasst:

„In Gewerbe-, Industrie-, Kern-, Dorf- und urbanen Gebieten sowie in Sondergebieten, deren Nutzung mit einem Gewerbe- oder Industriegebiet vergleichbar ist, genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m.“

Begründung: Um eine effizientere Flächennutzung zu gewährleisten, sollten die Abstandsflächen in urbanen Gebieten, Kerngebieten, Dorfgebieten und besonderen Wohngebieten angepasst werden. Dies würde nachträgliche Aufstockungen von Gebäuden, welche vorrangig mit Holz realisiert werden können, vereinfachen.

Zu § 6 Abs. 7 Satz 1

§ 6 Abs. 7 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung und Solaranlagen an bestehenden Gebäuden unabhängig davon, ob diese den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 entsprechen, außer Betracht, wenn sie

1. einschließlich der Bekleidung eine Stärke von nicht mehr als 0,30 m aufweisen und
2. mindestens 2,50 m von der Nachbargrenze zurückbleiben.“

Begründung: In Anlehnung an die LBO Baden-Württemberg sollte bei Maßnahmen zum Zweck der Energieeinsparung die Stärke von nachträglich aufgebrachtener Wärmedämmung auf 0,30 m erhöht werden und die Bekleidung einschließen.

Zu § 49 Abs. 1

Dem § 49 Abs. 1 wird folgender Satz 4 angefügt:



„Eine Abweichung von der Stellplatzpflicht ist zuzulassen bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen und die Herstellung auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.“

Begründung: Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches sollten vereinfacht werden. Ebenso wäre bei solchen Maßnahmen eine Erleichterung bei den Anforderungen an das barrierefreie Bauen und an die Stellplätze geboten.

Zu § 50 Abs. 1

Dem § 50 Abs. 1 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegt.“

III. Allgemeiner Ergänzungsvorschlag: Einführung von Typengenehmigungen

Die Einführung von Typengenehmigungen würde den Planungs- und Genehmigungsaufwand für die Bauwirtschaft verringern, da diese für eine Vielzahl von Bauvorhaben genutzt werden kann. Damit würde insbesondere das serielle Bauen zur Schaffung von Wohnraum gestärkt. Es sollten die bereits treffend formulierten Regelungen der geplanten Landesbauordnung Bayern Verwendung finden.

Vorschlag zur allgemeinen Ergänzung:

Für bauliche Anlagen, die mehrfach in derselben Ausführung errichtet werden sollen, erteilt die oberste Bauaufsichtsbehörde eine allgemeine bautechnische Genehmigung (Typengenehmigung), wenn diese den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen.

Für bauliche Anlagen, die in unterschiedlicher Ausführung, aber nach einem bestimmten System aus Bauteilen errichtet werden sollen, gilt Satz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Zulässigkeit der Veränderbarkeit festgelegt wird.

Art. 2 – Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Die Änderungen werden vollumfänglich befürwortet. Sie dienen der Verfahrensvereinfachung und Vereinheitlichung originärer Zuständigkeiten. Die bisherige Rechtslage insbesondere hinsichtlich § 26 Abs. 5 führte vielmals auch zu Unverständnis bei den Bürgern. Es herrschte teilweise Unfrieden zwischen der Bau- und Forstbehörde aufgrund der parallel verlaufenden Verfahrensstränge. Der für beide Behörden unbefriedigenden Situation wird nun mit der vorgesehenen Gesetzesänderung abgeholfen.

Mit freundlichen Grüßen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DOMBAUMEISTER</td> <td>BISCHÖFliches ORDINARIAT BISCHÖFliches BAUAMT</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>DOMSTUFEN 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DOMBAUMEISTER	BISCHÖFliches ORDINARIAT BISCHÖFliches BAUAMT	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	DOMSTUFEN 1	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
DOMBAUMEISTER	BISCHÖFliches ORDINARIAT BISCHÖFliches BAUAMT										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	DOMSTUFEN 1										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	DAS BISCHÖFLICHE BAUAMT ALS FACHABTEILUNG DES BISCHÖFLICHEN ORDINARIATS IST EINE GENEHMIGUNGSGESTALTUNG IN BAULICHEN ANGELEGENHEITEN ALLE IMMOBILIEN DES BISTUMS.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	GRUNDSÄTZLICH WIRD BEGRÜSST, DIE GENEHMIGUNGSVERFAHREN ZU VEREINFACHEN UND ZU BESCHLEUNIGEN. POSITIV: DER BAUSTOFF HOLZ WERDE GEMEINDE EINSATZMÖGLICHKEITEN EINZUBRUCHEN. WICHTIG: AUSBAU DER MOBILFUNKANLAGEN UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER DIMENSIONEN, DIE ABER EINE VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT HABEN SOLLTEN. DER AUSBAU DER INFRASTRUKTUR VON E-ZAPFSÄULEN IST SEHR WICHTIG. REGELUNGSBEDARF FÜR EINEN „NETZPLAN“ IST NOTIG.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERZFURT, 27.07.2020	

Mündl. Anhörungsverfahren

THÜR. LANDTAG POST

27.07.2020 08:51

17340/2020

Bischöfliches Bauamt | Domstufen 1 | 99084 Erfurt

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt



**BISTUM
ERFURT**

BISCHÖFLICHES
ORDINARIAT

BISCHÖFLICHES BAUAMT

Domstufen 1 | 99084 Erfurt
www.bistum-erfurt.de

Tel
Fax

Bauamt@Bistum-erfurt.de

Datum: 26.07.2020

Zeichen (bitte stets angeben):

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom:

11. Juni 2020

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 7/723

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben vom 11. Juni 2020 haben wir erhalten und bedanken uns bei Ihnen, dass Sie uns zum im Betreff genannten Verfahren die Gelegenheit einräumen, unsere Einschätzung zu dem von den Fraktionen eingebrachten Entwurf abzugeben.

Das Bischöfliche Bauamt als Abteilung des Bischöflichen Ordinariates, das eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, wird aber nur in Bezug auf die Vorschläge für die **Thüringer Bauordnung** eine Stellungnahme abgeben. Zu den Eingaben für das *Thüringer Waldgesetz, dem Thüringer Straßengesetz und der Thüringer Bundesfern- und Landesstraßen - Zuständigkeitsverordnung* verfügt das Bischöfliche Bauamt über keine Fachkompetenz.

Grundsätzlich begrüßen wir jede Initiative, die Thüringer Bauordnung dahingehend zu verändern, um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Gerade im alltäglichen Gestalten der Umwelt und der Lebensqualität mit den sich immer neu entwickelnden Herausforderungen sind bürokratische und gesetzgebende Hürden in z. B. städtebaulicher, architektonischer und denkmalpflegerischer Hinsicht im Detail erfahrbar. Daher sind die vorgelegten Veränderungsvorschläge besonders zu unterstützen.

Es wird ausdrücklich begrüßt, dass der Baustoff Holz unter Berücksichtigung der technischen Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung der neuen Muster-Holzbaurichtlinie weitergehende Einsatzmöglichkeiten für die Planung von Bauten eingeräumt wird. Dadurch würde auch als Nebeneffekt die CO₂ - Immissionen erheblich gesenkt werden können. Dem textlichen Vorschlag bzw. der Begründung zu Nr. 1 + 2 (§26 und §28 Abs. 5) stimmen wir vollumfänglich zu.



Ferner stimmen wir der textlichen Fassung zu Nr. 3 a) (§60 Abs.1 a) Nr. 1 b zum Thema Garagen und Fahrradgaragen zu. Tatsächlich ist der Bedarf an Unterstellmöglichkeiten für die einfache Mobilität nach unseren Beobachtungen gestiegen und bedarf einer Anpassung, um diesen Anforderungen unbürokratisch zu entsprechen und diese umsetzen zu können.

Dabei erlauben wir uns den Hinweis, dass auch diese einfachen Bauten eine gewisse qualitätsvolle Gebäudehülle verdienen und dies auch irgendwie geregelt werden sollte. Es gibt hier auch schon andere negative Beispiele!

Zu Nr. 3 b (Nr. 5 a) betrachten wir im Besonderen die denkmalgeschützten Gebäude und deren nähere Umgebung. Hier sehen wir Konfliktpotenzial, wenn zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren z. B. die Denkmalschutzbehörden als fachliche Kompetenz nicht zu Rate gezogen würden.

Allein die vorgeschlagenen Dimensionen (15 m Höhe und 10 m³ Volumen) von den dann möglichen Anlagen würden erhebliche Auswirkungen auf Gestaltung, ortstypische Silhouetten und sinnbildende Wiedererkennung mit sich bringen. Hier wäre besonders das Volumen der Anlagen zu bedenken und ggf. nachzubessern, indem man diese bis maximal 5 m³ einer vereinfachten Genehmigung zuführt.

In der aktuellen Diskussion zur Elektromobilität ist ein Ausbau von notwendigen „Zapfsäulen“ in den Fokus der Politik geraten. Das Baurecht muss diesen Anforderungen Rechnung tragen und dafür Möglichkeiten für eine einfache Umsetzung zur Installation der benötigten Infrastruktur im ganzen Bundesland zu schaffen. Problematisch wird es allerdings, wenn an verschiedenen Stellen irgendwo diese Zapfsäulen aus wirtschaftlichen Erwägungen installiert werden. Dies ist vielerorts mittlerweile mit unterschiedlichem und qualitätsfragwürdigem Gestaltungsbild wahrzunehmen.

Gilt die Formulierung:

„Zapfsäulen und Tankautomaten genehmigter Tankstellen sowie Ladestationen für Elektromobilität und die damit verbundene Änderung der Nutzung.“ auch für Raststätten, Einkaufszentren, Parkplätzen, Krankenhäuser, Parkhäuser, etc.? Wo dürfen diese notwendigen Säulen aufgestellt werden? Wäre ein „Netzplan“ dieser Säulen nicht sinnvoll, falls es den - wie einen Tankstellplan - nicht schon gibt? Würde dies einer vereinfachten Genehmigung hilfreich sein?

Leider ist das aus der Formulierung nicht klar ersichtlich und sollte unbedingt geregelt werden, weil der Zuspruch und die Anforderungen in Zukunft steigen werden. Diese Zapfsäulen und die Ladestationen werden zunehmend unsere Ortsbilder prägen. Eine einheitliche Regelung mit klaren Ausführungsrichtlinien würde sicherlich dabei helfen, ortsprägende und lebenswerte Qualitäten zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drs. 7/723											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG</td> <td>GmbH & Co.KG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Pferdsdorfer Weg 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99831 Creuzburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG	GmbH & Co.KG	Geschäfts- oder Dienstadresse	Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pferdsdorfer Weg 6	Postleitzahl, Ort	99831 Creuzburg
	Name	Organisationsform									
	Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG	GmbH & Co.KG									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Pollmeier Massivholz GmbH & Co.KG									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pferdsdorfer Weg 6									
Postleitzahl, Ort	99831 Creuzburg										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	<i>HK Eipm</i>	<i>Körperschaft off. Rechts</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Arnoldstr. 34</i>
	Postleitzahl, Ort	<i>99096 Eipm</i>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	H/K	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Den Artikeln 1-4 des Gesetzentwurfs wird zugestimmt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.7.20	

Industrie- und
Handelskammer Erfurt
Arnstädter Straße 34
Postfach 90 01 55
99104 Erfurt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

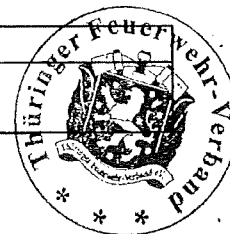
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür. Feuerweh-Verband e.V.</td> <td>gem. i. V. (Verein / Verband)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>99086 Erfurt - Magdeburger-Allee 4 Tel. 03 61 / 55 18-300 Fax -301.</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>www.ThFV.de</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Feuerweh-Verband e.V.	gem. i. V. (Verein / Verband)	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99086 Erfurt - Magdeburger-Allee 4 Tel. 03 61 / 55 18-300 Fax -301.	Postleitzahl, Ort	www.ThFV.de
Name	Organisationsform										
Thür. Feuerweh-Verband e.V.	gem. i. V. (Verein / Verband)										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Feuerwehr-Verband e.V.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99086 Erfurt - Magdeburger-Allee 4 Tel. 03 61 / 55 18-300 Fax -301.										
Postleitzahl, Ort	www.ThFV.de										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Verweis in Art. 1 Ziff. 1f. auf M-Holzbauelemente (da nur Fass. v. 2004 als TB eingeht) - es fehlen zwingende Anforderungen aus brandschutztechn. Sicht	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 17.07.20	





Thüringer Feuerwehr-Verband · Magdeburger Allee 4 · 99086 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST

24.07.2020 07:19

17220/2020

Schriftl. Anhörungsverfahren

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren – Stellungnahme des Thüringer Feuerwehr-Verbandes

Erfurt
17. Juli 2020

Sehr geehrter ,

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom

vom 11.06.2020

Unser Zeichen

Ihr Ansprechpartner

Durchwahl

E-Mail

im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung des bauaufsichtlichen Verfahrens (Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/723) nimmt der Thüringer Feuerwehr-Verband zu Artikel 1, Ziffern 1f. aus brandschutztechnischer Sicht wie folgt Stellung:

Eine abschließende Bewertung ist derzeit nicht möglich, da die Technischen Baubestimmung (TB), auf welche im Entwurf verwiesen werden, weder in der neuen, notifizierten Fassung der FK Bauaufsicht der Bauministerkonferenz im Wortlaut zur Verfügung steht, noch in Thüringen als TB eingeführt sind. Davon hängt jedoch maßgeblich ab, ob aus brandschutztechnischer Sicht dieser Änderung zugestimmt werden kann. Die „Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Bauteile in Holzbauweise für Gebäude der Gebäudeklassen 4 und 5 – M-HolzbauR“ ist derzeit in Thüringen noch in einer Fassung aus dem Jahr 2004 als TB eingeführt, die als nicht ausreichend für die hier vorgeschlagene Änderung angesehen wird. Insbesondere müssen über die bereits in der Fassung aus dem Jahr 2004 bestehenden Regelungen hinaus für Standardgebäude der GK 5 mindestens folgende Anforderungen enthalten sein, um wirksame Löscharbeiten durchführen zu können:

- Die Fläche feuerwiderstandsfähig abgetrennter Nutzungseinheiten wird auf maximal 200 m² beschränkt.
- Um den Beitrag des Gebäudes am Brandverlauf zu begrenzen, sollte der Anteil brennbarer Oberflächen der Wände/Stützen auf 25 Prozent der Gesamtoberfläche der Wände begrenzt werden.



TLT/10685/20/5

- Die im Brandfall wichtigen raumabschließenden Bauteile (insbesondere Decken und die Trennwände von Nutzungseinheiten) müssen die Rauchausbreitung wirksam verhindern. Hierbei ist insbesondere auf die Anschlüsse dieser Bauteile untereinander zu achten.
- Die Dämmung muss aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

Bei Außenwandbekleidungen aus Holz muss die Brandübertragung über die Fassade von Stockwerk zu Stockwerk – z. B. durch Brandsperren – über einen ausreichenden Zeitraum wirksam verhindert werden. Jede Gebäudeseite mit einer Außenwandbekleidung aus Holz muss durch die Feuerwehr erreicht werden können, um wirksame Löscharbeiten durchführen zu können.

Für etwaige Rückfragen stehe ich Ihnen gerne als Ansprechpartner unseres Verbandes zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>igemeinde v. Städtelern Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Bresler-Str. 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	igemeinde v. Städtelern Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Bresler-Str. 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
igemeinde v. Städtelern Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Bresler-Str. 14										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen <u>insgesamt</u> eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Konzentration Baugenehmigungsverfahren befristet Verfahren muss nicht gestreift werden Bauen mit Holz befristet unter Beachtung Brandschutz	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Graf 27.7.20	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern</td> <td>Arbeitsgremium der 3 Thüringer Handwerkskammern</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>FISCHMARKT 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern	Arbeitsgremium der 3 Thüringer Handwerkskammern	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FISCHMARKT 13	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT		
Name	Organisationsform												
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Handwerkskammern	Arbeitsgremium der 3 Thüringer Handwerkskammern												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FISCHMARKT 13												
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wahrnehmung und Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten und Aufgaben der Thüringer Handwerkskammern	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die drei Thüringer Handwerkskammern begrüßen die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen sowie die Initiativen zur Verschärfung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.07.2020	

Thüringer Handwerkskammern
Fischmarkt 13
99084 Erfurt

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Technische Universität München Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arcisstraße 21</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80333 München</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Technische Universität München Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arcisstraße 21	Postleitzahl, Ort	80333 München
Name	Organisationsform										
Technische Universität München Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arcisstraße 21										
Postleitzahl, Ort	80333 München										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Forschung und Lehre im Bereich des Bauwesens (Schwerpunkte: Brandschutz, Holzbau, 3D-Drucken und Ökobilanzierung)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Den vorgeschlagenen Änderungen der Thüringer Bauordnung können wir grundsätzlich unter der Beachtung der von uns erarbeiteten Anmerkungen zustimmen. (siehe Stellungnahme) Der moderne Holzbau kommt bereits heute in den Gebäudeklassen 4 und 5 durch entsprechende Abweichungen von der Bauordnung zur Anwendung, daher sehen wir die Änderung der Thüringer Bauordnung als Anpassung auf den aktuellen Stand der Technik im Bereich des Holzbaues.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
München, 28.07.2020	()

Technische Universität München | Arcisstraße 21 | 80333 München
Lehrstuhl für Holzbau und Baukonstruktion

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
29.07.2020 15:48

176/17/2020

München, 28. Juli 2020

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKEN, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-Drucksache 7/723-

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Zustimmung haben wir Ihren Gesetzesentwurf zu Kenntnis genommen. Für den Holzbau ist dies sicherlich als historische Änderung anzusehen und wird zukünftig einen, den heutigen Möglichkeiten entsprechenden, sinnvollen Einsatz des Holzbaus im mehrgeschossigen Bauen in Thüringen ermöglichen.

Nachstehend einige Anmerkungen zur Änderung der Thüringer Bauordnung in Ihrem Gesetzesentwurfs.

§ 26 Abs. 2 Sätze 4 und 5 (ThürBO):

„Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind andere Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern sie den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen. Satz 4 gilt nicht für Wände nach § 30 Abs. 3 Satz 1 und Wände nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1.“

Hinweis: Satz 5 ist mit Blick auf § 30 Abs. 3 Satz 1 nicht notwendig, da dort bereits die Anforderung nichtbrennbar aufgeführt wird.

„Brandwände müssen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung feuerbeständig sein und aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.“

§ 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 fordert für Gebäude der Gebäudeklasse 5, Wände in der Bauart von Brandwänden. Folglich ist auch hier die Anforderung nichtbrennbar bereits durch § 30 Abs. 3 Satz 1 definiert. Aus unserer Sicht kann Satz 5 zur Vorbeugung einer Doppelung im Gesetzestext gestrichen werden.

Auswirkungen durch § 26 Abs. 2 Sätze 4 und 5 (ThürBO) auf § 30 Abs. 3 Satz 2 Nummer 1 und 2 (ThürBO) (unverändert durch Gesetzesentwurf)

„...²An Stelle von Brandwänden sind in den Fällen von Abs. 2 Nm. 1 bis 3 zulässig

1. für Gebäude der Gebäudeklasse 4 Wände, die auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hochfeuerhemmend sind,

2. für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 hochfeuerhemmende Wände,...“

Hinweis: Durch Einführung der § 26 Abs. 2 Sätze 4 und 5 ist es zukünftig möglich hochfeuerhemmende Bauteile aus brennbaren Baustoffen zu errichten. Eine Anforderung an eine brandschutztechnisch wirksame Bekleidung besteht nicht mehr. Es wäre zukünftig folglich möglich Wände an Stelle von Brandwänden aus brennbaren Baustoffen auszuführen ohne dass eine Anforderung an die Oberfläche als nichtbrennbar besteht. Der Entwurf der M-HolzBauRL, die im Rahmen der Anhörung veröffentlicht wurde, sieht auch keine Beschränkung oder weitere Anforderungen an diesen Punkt vor. Unter Punkt „5.3. Oberflächen von Massivholzbauteilen“ werden sichtbare Holzoberflächen grundsätzlich ermöglicht (max. 25% der Wände).

Es wäre also bauordnungsrechtlich zukünftig möglich eine Brettsper Holzwand in der Gebäudeklasse 4 ohne Bekleidung als F 60-B M Bauteil auszuführen und diese beispielweise 0,30 m über Dach zu führen ohne dass an irgendeiner Stelle eine Bekleidung gefordert wird. Aus unserer Sicht ist eine Ergänzung für Wände nach § 30 Abs. 3 Satz 2 Punkt 1 und 2 wie in § 35 Abs. 5 Punkt 2 sinnvoll:

„(5) In notwendigen Treppenträumen und in Räumen nach Abs. 3 Satz 2 müssen

...2. Wände und Decken aus brennbaren Baustoffen eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben,...“

Vorschlag: Ergänzung § 30 Abs. 3 um einen Satz

„Wände an Stelle von Brandwänden nach Satz 2 Nummer 1 und 2 aus brennbaren Baustoffen müssen eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben.“

Die ausreichende Dicke der Bekleidung für Wände an Stelle von Brandwänden aus brennbaren Baustoffen kann dann beispielsweise in der M-HolzBauRL geregelt werden.

§ 28 Abs. 5 (ThürBO)

„Abweichend von Abs. 3 sind hinterlüftete Außenwandbekleidungen, die den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen, mit Ausnahme der Dämmstoffe, aus normalentflammenden Baustoffen zulässig.“

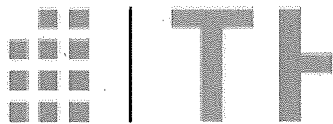
Hinweis: Auch belüftete Außenwandbekleidungen aus brennbaren Baustoffen kommen in der Praxis oft zu Anwendung und sind brandschutztechnisch robuster. Diese wären zukünftig ausgeschlossen. Das Wort „hinterlüftet“ stellt keine Anforderung an das Sicherheitsniveau dar und ist somit in der Bauordnung obsolet. Der Entwurf der M-HolzBauRL wäre im gleichen Maße auch für belüftete Außenwandbekleidungen vorstellbar.

Vorschlag: Streichung des Wortes hinterlüftet

„Abweichend von Abs. 3 sind ~~hinterlüftete~~ Außenwandbekleidungen, die den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen, mit Ausnahme der Dämmstoffe, aus normalentflammbaren Baustoffen zulässig.“

Zukünftig sollen die Anforderungen an Außenwandbekleidungen mit Verweis auf § 87a in der M-HolzBauRL geregelt werden. Aktuell existiert jedoch bereits der Anhang 6 „Hinterlüftete Außenwandbekleidungen“ in der ThürVVTB als technische Baubestimmung. Hier wird im Anwendungsbereich nicht aufgeführt, dass sich diese Anforderung auf nichtbrennbare, bzw. schwerentflammbare Außenwandbekleidungen beziehen. Das kann zukünftig zu Verwechslungen führen. Aus unserer Sicht ist für Anhang 6 unter 1 Anwendungsbereich der Hinweis auf den Bezug auf schwerentflammbare Außenwandbekleidungen aufzunehmen, oder normalentflammbare explizit auszunehmen.

Mit Blick auf Ihren Gesetzesentwurf schauen wir sehr positiv in die Zukunft des Holzbaues in Thüringen und verbleiben mit freundlichen Grüßen



THÜR. LANDTAG POST
30.07.2020 11:19

17669/2020

THM | Campus Gießen | Wiesenstraße 14 | 35390 Gießen

University of Applied Sciences

Thüringer Landtag

Fachbereich BAU

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

Fachgebiet Holzbau und Tragwerksentwurf

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

30.07.2020

**Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren –
Stellungnahme der Technischen Hochschule Mittelhessen,**

Weichenstellung für die Förderung des Klimafreundlichen Baustoffes Holz

Zu den zentralen Vorhaben der Bundesregierung sowie der Landesregierungen gehören die Energiewende und der Klimaschutz. Das Bauwesen ist für einen Großteil der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich. Einen erheblichen Anteil an der CO₂-Emission hat dabei bereits die Herstellung und der Einbau von Baustoffen in Gebäuden. Um diesen Anteil deutlich zu reduzieren, ist es erforderlich, dass der Werkstoff Holz in Zukunft eine zentrale Rolle im Bauwesen spielt.

Dem Brandschutz kommt im Zusammenhang mit der Holzbauweise eine besondere Bedeutung zu. Man sollte bedenken, dass die meisten Brandopfer nicht durch offene Flammen, sondern durch giftige Rauchgase zu beklagen sind. Diese entstehen jedoch primär nicht durch die tragenden Holzkonstruktionen, sondern durch andere Brandlasten, wie z.B. Verkleidungen, Dämmungen, Ausbaumaterialien oder Möblierung. Folglich sollten deutlich höhere Anforderungen an den Rauchschutz sowie den Brandüberschlag als an die Brennbarkeit der Holzbauteile gestellt werden.

Insbesondere die Bundesländer Baden-Württemberg, Hamburg, Berlin, NRW und auch Hessen haben mit Ihren Änderungen der Bauordnungen bereits gezeigt, dass der Brandschutz nicht als Hemmnis für Holzbauweisen zu betrachten ist.

Um Erleichterungen des Holzbaus und damit eine Gleichstellung mit anderen Bauweisen zu erreichen, sollten daher positive Beispiele aus anderen Landesbauordnungen bei der Bauordnung in Thüringen berücksichtigt werden. Der Einsatz von Holz für tragende Bauteile sollte auch in den Gebäudeklassen 4 und 5 grundsätzlich ermöglicht werden.

Mit den bisher vorgesehenen Änderungen in Thüringen würden Sie bereits einen guten Schritt in Richtung Ermöglichung von Brandschutzgerechten Holzbaukonstruktionen machen.

Kleinere Änderungen würden dem Holzbau jedoch Weiteres ermöglichen, ohne das Sicherheitsniveau zu senken bzw. das Schutzziel zu gefährden.

Daher nachfolgend meine Änderungsvorschläge:

Technische Hochschule Mittelhessen | Campus Gießen | Campus Friedberg | Campus Weitzlar

Besucheradresse Fachgebiet Holzbau | Bismarckstraße 4 | 35390 Gießen



TLT/10764/20/3

Bisher nicht im Gesetz zur Änderung der Bauordnung aufgeführt:

§ 2 Abs. 3 Satz 3 Begriffe:

Die Höhenbestimmung eines Gebäudes im Sinne des Abs. 3 Satz 3 erfolgt durch die Bezugnahme auf die Geländeoberfläche im Mittel. Daraus resultiert, dass Gebäude in Hanglagen oder mit hohen Erdgeschossen, die von der Charakteristik eher einem Gebäude der Gebäudeklasse (GK) 3 entsprechen, in die Gebäudeklasse 4 kategorisiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Gebäude mit Nutzungseinheiten größer 400m² dann sogar der Gebäudeklasse 5 zugeordnet werden. Grund ist der scheinbare Wegfall der Anleiterbarkeit zur Bildung des zweiten Rettungsweges. Als Konsequenz daraus ergeben sich unbegründete erhöhte Anforderungen und damit auch deutlich erhöhte Baukosten.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 2 Abs. 3 Satz 5:

„Abweichend von Satz 3, kann zur Einstufung in die Gebäudeklasse 3 die Geländeoberfläche, die von der Feuerwehr zur Bildung des zweiten Rettungsweges genutzt wird, zur Berechnung der Höhe herangezogen werden, wenn für jede Nutzungseinheit der zweite Rettungsweg nachgewiesen wird.“

Anmerkung zu einem bereits im Gesetz zur Änderung der Bauordnung aufgeführten Punkt:

§ 26 Abs. 2 Allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 26 Abs. 2 Satz 4:

„Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind andere tragende oder aussteifende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern die hinsichtlich der Standsicherheit und des Raumabschlusses geforderte Feuerwiderstandsfähigkeit nachgewiesen und die Bauteile und ihre Anschlüsse ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sind. ~~sie den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen. Satz 4 gilt nicht für Wände nach § 30 Abs. 3 Satz 1 und Wände nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1.~~“

Der Begriff „andere“ führt zu Verwirrungen/Unklarheiten und ist in diesem Zusammenhang nicht zielführend. Daher sollte dieser rausgestrichen werden.

Zu den technischen Baubestimmungen:

Bei Materialien wie Mauerwerk oder Stahlbeton wird in der Bauordnung bzgl. des Feuerwiderstandes nicht explizit auf technische Baubestimmungen verwiesen. Die technischen Baubestimmungen sind in der Planung immer zu berücksichtigen und geben den Planern die entsprechende Sicherheit.

In einer Bauordnung halte ich es für zielführender, wenn sich „allgemeiner“ gehalten wird. So wie oben textlich vorgeschlagen, sind die bzgl. Brandschutz erforderlichen Kriterien alle aufgeführt. Diese sind zwingend einzuhalten. Der Planer bezieht sich dann in seinem Konzept auf technische Bestimmungen, Normen und Regelwerke und muss immer den Stand der Technik berücksichtigen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Hochschule Technische Hochschule Mittelhessen Fachbereich Bauwesen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Wiesenstraße 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>35390 Gießen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Hochschule Technische Hochschule Mittelhessen Fachbereich Bauwesen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wiesenstraße 14	Postleitzahl, Ort	35390 Gießen
Name	Organisationsform										
	Hochschule Technische Hochschule Mittelhessen Fachbereich Bauwesen										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wiesenstraße 14										
Postleitzahl, Ort	35390 Gießen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Ergänzung/Korrektur zu § 2 Abs. 3 (Einordnung in Gebäudeklassen); textliche Abänderung des § 26 Abs. 2 Satz 4, Einsatz von brennbaren Materialien bei tragenden Bauteilen die hochfeuerhemmend oder feuerbeständig sein müssen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> , nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gießen, 30.07.2020	



Ingenieurkammer Thüringen • Gustav-Freytag-Str. 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
30.07.2020 14:58

17694/2020

Der Präsident

Anschrift: Gustav-Freytag-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361 22873-0
Telefax: 0361 22873-50
E-Mail: info@ikth.de
Internet: <http://www.ikth.de>

Datum: 30. Juli 2020

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-Drucksache 7/723-

hier: Stellungnahme der Ingenieurkammer Thüringen – Anhörungsverfahren gemäß § 79
der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Heilmann,

wir bedanken uns, dass der Ingenieurkammer Thüringen die Gelegenheit gegeben wird, zum
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Thüringer
Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren“ (Drucksache 7/723) Stellung zu
nehmen.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständi-
schen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten
Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.
Der Tätigkeitsbereich der Bauvorlageberechtigten Ingenieure ist von der geplanten Gesetzes-
änderung (z. B. Bezug: Artikel 1 - Thüringer Bauordnung) betroffen.

Aus Sicht der Ingenieurkammer Thüringen kann der vorliegende Gesetzentwurf dazu beitra-
gen, die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen im Bauwesen zu befördern, von unnö-
tige bauaufsichtlichen Verfahren bei der Nutzung der Elektroenergie und dem Ausbau der
Mobillinfrastruktur zu entlasten sowie Genehmigungsverfahren effektiver zu gestalten.

Artikel 1 – Änderung der Thüringer Bauordnung

Sofern die aus Sicherheitsgründen erforderliche Dauer der Feuerwiderstandsfähigkeit be-
stimmter Bauteile auch mit Baustoffen aus Holz erreicht werden kann und die vorgeschriebe-
nen Technischen Baubestimmungen (zukünftige Muster-Holzbaurichtlinie der Bauministerkon-
ferenz) eingehalten werden, erscheint es plausibel, dass Bauteile aus brennbaren Stoffen (d. h.
nicht feuerbeständige Bauteile) unter bestimmten Voraussetzungen an Stelle feuerbeständiger
Bauteile verwendet werden können.
In der Muster-Holzbaurichtlinie enthaltende konkretisierende Regelungen, die beispielsweise
Vorgaben zu „Brandsperrern“ enthalten, erscheinen folgerichtig.



TLT/10857/20/6

Sich beim Gebäude- bzw. Wohnungsbau intensiver mit den Einsatzmöglichkeiten des Baumaterials Holz auseinanderzusetzen kann u. a. dadurch begründet werden, dass Holz ein klimaneutraler, umweltfreundlicher und nachwachsender Rohstoff ist. Die Verwendung von Holz bei der Errichtung von Gebäudehüllen erfordert jedoch auch belastbares Know-how der Akteure. Vorteile des Holzbaus können darin gesehen werden, dass die Dynamik im Bauprozess positiv beeinflusst werden kann, denn neben wenigen erforderlichen Nassprozessen ist durch den Einsatz von Holz die Möglichkeit gegeben, einen hohen Vorfertigungsgrad zu realisieren. Unabhängig davon, hängt die Wettbewerbsfähigkeit des Holzbaus auch davon ab, welche Preisentwicklung beim konventionellen Bauen zu verzeichnen ist.

Aufgrund bestimmter Randbedingungen werden in Deutschland, und das unabhängig vom Werkstoff Holz, gegenwärtig die Vor- und Nachteile des seriellen Wohnungsbaus intensiv und kontrovers diskutiert, denn eine Senkung der Baukosten ist eine Möglichkeit, um die Refinanzierung von Neubauten durch im Zielsegment erzielbare Kaltmieten zu realisieren. Es ist davon auszugehen, dass mit weiteren Fortschritten beim Brand-, Schall- und Feuchtigkeitsschutz auch die Befassung mit mehrgeschossigen „Holz-Wohngebäuden“ an Interesse gewinnt.

Artikel 2 - Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Die Zielstellung, die untere Forstbehörde von einer Doppelbelastung zu befreien und die Sicherheit für Gemeinden und Bauinteressenten dahingehend zu erhöhen (§ 10 Absatz 8), dass die zu einem bestimmten Zeitraum erteilte Genehmigung zur Änderung der Nutzungsart Bestand hat, vorausgesetzt es tritt keine wesentliche Änderung der Sachlage zwischen der Beteiligung der Forstbehörde im Bauleitplanverfahren und dem konkreten Antrag auf Nutzungsartenänderung ein, ist nachvollziehbar.

Durch die Neuregelung der bisherigen Rechtslage (§ 26 Absatz 5 erhält Neufassung) wird zukünftig die Situation vermieden, dass ein Bauherr die Baugenehmigung von der Baugenehmigungsbehörde erhält, aber nicht Bauen darf, da die gleiche Behörde die forstrechtliche Genehmigung versagt.

Die mit der Neuregelung verbundene Klarstellung ist konsequent und trägt zur Entbürokratisierung bei.

Artikel 3 - Änderung des Thüringer Straßengesetzes

Die Regelung, dass bei Erforderlichkeit eines Baugenehmigungsverfahrens die Entscheidung der unteren Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der oberen Straßenbaubehörde zu treffen ist (Änderung § 26 Absatz 9), d. h. ein einheitliches Verfahren durchgeführt wird, optimiert die Abwicklung von Genehmigungsprozessen und ist zu befürworten.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Ingenieurkammer Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Gustav-Freytag-Str. 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		Körperschaft öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Str. 1									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Präsident der Ingenieurkammer Thüringen repräsentiert die Ingenieurkammer und deren Mitglieder, gemäß ThürAIKG.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Artikel 1 → Thür BO: Wenn die aus Sicherheitsgründen erforderliche Dauer des Feuerwiderstandsfähigkeit bestimmtes Bauteile aus Holz erreicht werden kann und die zukünftige Fenster-Holzbaunichtlinie eingehalten wird, erscheint es plausibel, dass Bauteile aus brennbaren Stoffen unter bestimmten Voraussetzungen an die Stelle feuerbeständiger Bauteile treten könnten. Die in der Fenster-Holzbaunichtlinie enthaltenen Regelungen (z.B. Brandsperrten) erscheinen auf diese Weise. Artikel 2 → Änderung Waldgesetz: Die mit der Kennzeichnung verbundene Klarstellung ist konsequent und trägt zur Entbürokratisierung bei. Artikel 3 → Änder. d. Thür-Stoffenges.: Die geplanten Regelungen optimieren d. Genehmigungsprozess und werden befürwortet.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
29.07.2020	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/723											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Architektenkammer Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnhofstraße 39</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Architektenkammer Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 39	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Architektenkammer Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 39									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

17730/2020



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

31.07.2020

vorab per E-Mail:
poststelle@thueringer-landtag.de

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
- Drucksache 7/723 -**

Schriftliche Stellungnahme des vtw

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vtw bedankt sich für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme und möchte im Folgenden hauptsächlich auf die geplanten Änderungen der Thüringer Bauordnung eingehen.

**Artikel 1 – Änderung der Thüringer Bauordnung
Holzhochbau**

**§ 26 Allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und
Bauteilen Abs. 2**

Die Förderung des Holzbaus ist unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes folgerichtig. Gemäß Anfügung an § 26 Abs. 2 sollen Technische Baubestimmungen als Zulassungskriterium dienen und dabei zusätzlich die neue Muster-Holzbaurichtlinie (M-HolzBauRL) beachten. Ihr Anwendungsbereich umfasst Holzsystembauweisen mit einem gewissen Grad der Vorfertigung. Der Entwurf der M-HolzBauRL vom Mai 2020 legt für die Holzrahmen- und Holztafelbauweise fest, dass diese für Gebäudeklasse 4 zulässig sind, sofern die Bauteile allseitig mit einer Brandschutzbekleidung versehen werden. Für GK 4 und 5 ist zudem die Massivholzbauweise zulässig, sofern in den Gebäuden Nutzungseinheiten mit maximal 200 m² enthalten sind. Auch hier muss eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen mit ausreichender Dicke vorgesehen werden, jedoch sind die Decke oder 25 % der Wandoberfläche aus brennbarem Material zulässig. Ausgeschlossen für die Nutzung brennbarer Baustoffe werden (weiterhin) Brandwände und Umschließungen von Treppenträumen in der vorgeschlagen Änderung.



TLT/10859/20/8

Bezüglich des Brandschutzes ist die Sicherheit der Mieter oberstes Gebot für Wohnungsunternehmen. Wohnungsbrände laufen physikalisch von GK 1 bis GK 5 gleich ab, wenn gleich Feuerwehren für etwaige Rettungen vor größere Herausforderungen gestellt werden. Die herkömmliche Erhöhung der Feuerwiderstandsdauer tragender, aussteifender und raumabschließender Bauteile entsprechend der Gebäudeklasse wird als sinnvoll erachtet.

Der vtw begrüßt die Förderung des Holzbaus in Thüringen. Vor allem in Kombination mit der seriellen und modularen Bauweise wird die geplante Änderung Früchte tragen.

Das Aufstockungspotenzial der Thüringer Holzbauquote liegt für Neubauten zu ca. 3/4 v. a. in der Wohnungswirtschaft. Insbesondere Gebäudeaufstockungen aus Holz können zu einer Befriedigung bestehender Bedarfe führen. Kernländer des Holzbaus sind die Schweiz, Österreich und Süddeutschland. Die bereits steigenden Zahlen aus Thüringen zeigen, dass auch hierzulande Ambitionen vorhanden sind, einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei kann auf die bereits gesammelten Erfahrungen andernorts aufgesetzt werden.

Ein Kompetenzzentrum könnte, analog zu anderen Bundesländern, für die entsprechende Multiplikation des Wissens Sorge tragen. Die Anzahl gütegesicherter Holzbauunternehmen muss gesteigert werden.

§ 28 Außenwände Abs. 5

Damit der nachhaltige Rohstoff Holz auch von außen sichtbar wird, ist es ein Ansinnen, auch normalentflammbare Baustoffe für Außenwandbekleidungen zuzulassen. Notwendig werden dafür konstruktive Brandsperrn, die geschossweise horizontal und an Brandwänden vertikal anzuordnen sind. Jede Gebäudeseite einer Außenwandbekleidung aus Holz (-werkstoffen) muss für wirksame Löscharbeiten der Feuerwehr erreicht werden können. In der Zulassung brennbarer Fassadenmaterialien mit den dafür notwendigen Konstruktionsvoraussetzungen sehen wir keinen Nutzen. Jedwedes Gebäude, egal welcher Bauart, könnte mit Holz beplankt werden, ohne dass sich dahinter ein Holzbau verbergen muss. Die Lebensdauer von Holzfassaden ist beschränkt, mit deren Pflege und Wartung in GK 4 und 5 hat die Thüringer Wohnungswirtschaft bisher keine Erfahrungen. Außerdem ist zu befürchten, dass die Brandsperrn, der Einsatz nichtbrennbarer Dämmstoffe und die zusätzlichen Zufahrten für die Feuerwehr Holzfassaden unwirtschaftlich machen.

Der Fokus für die Wohnungswirtschaft wird auf Fassaden liegen müssen, die Hitze abschirmen und gleichzeitig nicht durch Reflexionen zur Aufheizung des Quartiers beitragen - unabhängig vom idealerweise nichtbrennbaren Baustoff.

Elektromobilität und Mobilitätsinfrastruktur **§ 60 Abs. 1 Verfahrensfreie Bauvorhaben**

Fahrradgaragen und -stellplätze sollen wie (Pkw-)Garagen genehmigungsfrei werden. **Dies entspricht einer Gleichstellung mit dem motorisierten Individualverkehr und ist zu begrüßen, da es den wachsenden Bedürfnissen der Mieter nach nachhaltiger Mobilität entspricht.**

Für Antennen einschließlich ihrer Masten wird klargestellt, dass die Bemessung der maximal zulässigen Höhe von 10 m erst ab der Dachhaut beginnt. Wohnungsunternehmen bzw. ihre Dächer der Mehrfamilienhäuser spielen eine wichtige Rolle für diese Infrastruktur. Aufgrund von Vorbehalten seitens der Mieterschaft setzen Wohnungsunternehmen dabei nicht auf neue Mobilfunkstandorte, sondern dass deren Betreiber Standorte im Bestand weiter nutzen und ggf. um Sektoren erweitern. **Die Klarstellung zur zulässigen Höhe wird begrüßt.**

Sämtliche Ladestationen für Elektromobilität sollen genehmigungsfrei werden. **Dies entspricht einer Gleichstellung mit der Verbrennertechnologie und ist prinzipiell zu begrüßen.** In der Begründung heißt es, dass dies für kleinere Anlagen gelten soll, dies ist jedoch nicht näher definiert. Fahrzeugbrände durch Batterien finden zu knapp 30 % im geparkten oder ladenden Zustand statt. Um den Umfang der Brandlast und der potenziellen Rauchentwicklung zu begrenzen, ist eine Definition erforderlich. **Die Obere Baubehörde wird um Klärung gebeten bis zu welchem Umfang die Thüringer Feuerwehren zur Löschung von Elektroautos leistungsfähig sind.** Durch die dezentrale Struktur, die bei der Verteilung von Ladesäulen angestrebt wird, ist zudem ein städtebaulicher Einfluss vorhanden, der Beachtung finden muss.

Artikel 2 und 3

Zusammenfassung zu den Genehmigungszusammenführungen

Um einer „Ein-Stempel-Lösung“ für Bauvorhaben wieder näher zu kommen, sieht der Entwurf Änderungen in den Fachgesetzen Thüringer Waldgesetz und Thüringer Straßengesetz vor.

Wir sehen die faktische Zusammenführung von Genehmigungsverfahren ausdrücklich positiv. Zur Beschleunigung und prozessualen Absicherung von Investitionsvorhaben ist eine Ausweitung auf weitere Fachgebiete (z. B. aus dem Umweltbereich) erforderlich. Zudem sollte Personaldecke (wieder) erhöht werden, um die Frist von 3 Monaten einzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage
Formblatt zur Datenerhebung

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -													
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verband (e.V.)</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verbandsdirektor</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Regierungsstraße 58</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.	Verband (e.V.)	Verbandsdirektor		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer	Regierungsstraße 58	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform											
	Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.	Verband (e.V.)											
	Verbandsdirektor												
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer	Regierungsstraße 58											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verbandsdirektor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Artikel 1 Holzbau im Hochbau sehr sinnvoll. Kombination mit modularer und serieller Bauweise anstreben. Brennbare Fassaden im Hochhausbau kritisch (Komplexität Konstruktion, monetäre Belastung) Klarstellung der Verfahrensfreiheit von Fahrradanlagen, Antennenmasten und Ladesäulen begrüßt. „Kleinere Anlagen“ für Elektromobilität muss aus Brandschutzgründen definiert werden. Artikel 2 & 3 Genehmigungszusammenführungen werden befürwortet und sind ergänzungsbedürftig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenz-dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Un
Erfurt, den 31.07.2020	

Geschäftsstelle
Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf
Tel.: 0 36 24 - 31 38 80
Fax: 0 36 24 - 31 51 46



Ohrdruf, 23.07.2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Drucksache 7/723
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfes, zu dem wir wie folgt Stellung nehmen:

Grundsätzliches:

Wir begrüßen grundsätzlich die Ziele des Gesetzgebungsvorhabens. Unser Verband tritt seit Langem für eine stärkere Verwendung von Holz als Baustoff ein. Das Bauen mit Holz stellt eine der wirksamsten Klimaschutzmaßnahmen dar. Bauholz bindet atmosphärischen Kohlenstoff für Jahrzehnte oder Jahrhunderte. Es ersetzt dabei energieintensive Baustoffe wie Zement, Stahl und Glas. Es ist gut und richtig, dass der Landtag die Voraussetzung für verstärkten Holzbau nunmehr schafft, aber bei weitem nicht ausreichend. Daher fordern wir, konkrete Zielmarken zum Holzbau gesetzlich zu verankern. Dabei stellt der Holzbau einen Baustein der Klimaschutzleistungen des Landnutzungs- und Forstwirtschaftssektors dar. Gerade angesichts der sich weiter verschärfenden Klimaproblematik, dessen erstes Opfer in unserem Land der Wald selbst ist, brauchen wir jetzt eine kohärente und effektive Strategie zur Steuerung des ganzen Sektors hin zu einer Optimierung der Klimaschutzleistungen. Dafür legen wir in der Anlage einen Vorschlag vor.

Auch von einem Ausbau des unzureichenden Mobilfunknetzes in unserem Land profitiert ein Großteil der Waldbesitzer, da dieser Erreichbarkeit und Rettungswege im Wald sicherstellt. Mobilfunkmasten müssen gerade in Waldgebieten neu errichtet werden. Eine Vereinfachung und Beschleunigung baurechtlicher Verfahren, die Wald betreffen, werden in diesem Zusammenhang von uns grundsätzlich begrüßt. Allerdings erfüllt uns eine weitere Vereinfachung von Waldumwandlungen auch mit Sorge.

Ausweislich der Dritten Bundeswaldinventur (BWI³) ist die Waldfläche in Thüringen in den Jahren zwischen 2002 und 2012 geschrumpft. Dies lag nach Angaben von ThüringenForst an nicht realisierten Ersatzaufforstungen im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE), (Wenzel et al. 2015). Die bisherigen Instrumente haben sich also als unzulänglich zum Waldflächenerhalt erwiesen. Eine weitere Vereinfachung der baurechtlichen „Überplanung“ von Wald birgt daher die Gefahr, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Daher

ist die geplante Änderung dahingehend zu ändern, dass die in jedem Fall erforderlichen Ersatzaufforstungen für die Waldinanspruchnahme schon im Bauleitplanentwurf aufzunehmen und konkret zu planen sind.

Aus den negativen Erfahrungen von Waldflächenverlusten der letzten Jahre müssen Konsequenzen gezogen werden. Es darf nicht mehr sein, dass Ersatzaufforstungen für Infrastrukturprojekte verschleppt werden und schließlich nicht mehr erfolgen, wie dies im Rahmen der VDE war.

Wir fordern daher die Schaffung eines ehrenamtlich tätigen und

unabhängigen Landeswaldbeauftragten.

Er soll den gesetzlichen Auftrag der Walderhaltung kritisch überprüfen, alle Beteiligten und die Öffentlichkeit für die Bedeutung der Walderhaltung sensibilisieren und informieren, von den Behörden Rechenschaft verlangen sowie dem Landtag und der thüringer Öffentlichkeit Bericht über die Lage des Waldes erstatten. Der Bund verfügt bereits über einen Waldbeauftragten. Es steht unserem Land, dem Grünen Herzen Deutschlands, gut zu, hier nunmehr nachzuziehen.

Die summarische Erhaltung der Waldfläche und die Verstärkung des Holzbaus stellen mit der Erweiterung der Waldfläche die wichtigsten Faktoren für Klimaschutz durch Landnutzung und Forstwirtschaft dar. Um das Ziel der Klimaneutralität in der zweiten Hälfte des 21. Jhd. zu erreichen und den Anforderungen der LULUCF-VO der EU zu genügen, braucht Thüringen dringend eine kohärente Gesamtstrategie für den Landnutzungs- und Forstwirtschaftssektor.

Die 180.000 Waldbesitzer in Thüringen können die Aufgabe der Walderhaltung in Zeiten des Klimawandels nicht mehr alleine leisten. Der Klimawandel ist durch die Gesamtgesellschaft verursacht worden. Sie muss daher nun auch für die Schäden aufkommen. Unser Verband fordert dabei keine pauschale Flächenzahlung, sondern ein nachvollziehbares

Entgelt für die von den Waldbesitzern nachweislich erbrachten Gemeinwohlleistungen.

Es ist höchste Zeit, dies endlich auch im Gesetz zu verankern.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes:

Zu Artikel 2 (Thüringer Waldgesetz)

Nummer 1 (§ 10)

Beim geplanten neuen Abs. (8) soll nach Satz 2 folgender neuer Satz 3 eingefügt werden:

„Die Mitteilung, dass eine Genehmigung in Aussicht gestellt wird, erfolgt unter der Auflage, dass bereits in dem Bauleitplan die erforderlichen Ersatzaufforstungen, deren Mindestumfang die Forstbehörde bezeichnet, aufgenommen und flächenspezifisch festgelegt werden.“

Bei Abs. (3) soll nach Satz 2 folgender neuer Satz 3 eingefügt werden:

„Die Ausgleichsaufforstung muss mindestens den gleichen Flächenumfang aufweisen und hat dabei insbesondere die Klimaschutzfunktion der umzuwandelnden Waldfläche unter den Gesichtspunkten Klimastabilität, Waldspeicher, Zuwachs und stoffliche Verwertbarkeit auszugleichen.“

Nummer 3 (neu) (§ 18)

Bei § 18 ThürWaldG soll nach Abs. (2) als neuer Abs. (3) angefügt werden:

„Das Land ist verpflichtet, die Gemeinwohlleistungen des Waldes anzuerkennen. Für die Erbringung von Gemeinwohlleistungen und zur Deckung von Grundlasten von Walderhaltung und Waldpflege zahlt das Land dem Waldeigentümer ein angemessenes Entgelt.“

Nummer 4 (neu) (§ 60)

Anstelle des weggefallenen § 60 ThürWaldG a.F. ist neu aufzunehmen:

§ 60 Waldbeauftragter

(1) Zur Überwachung der Ziele dieses Gesetzes wählt der Landtag für die Dauer von sieben Jahren einen Waldbeauftragten.

(2) Der Waldbeauftragte hat insbesondere die Aufgaben

1. Dem Landtag zur Lage des Waldes in Thüringen nach den Zielen dieses Gesetzes jährlich zu berichten,
2. die Ziele des § 10 zu überwachen und auf die sachgemäße Planung und Durchführung von Ausgleichsaufforstungen hinzuwirken,
3. die Gemeinwohlleistungen des Waldes (§ 18) und ihren Wert jährlich zu überprüfen und zu beziffern,
4. auf eine stärkere Beachtung und Förderung des Klimaschutzleistungen des Landnutzungs- und Forstwirtschaftssektors, insbesondere durch Waldmehrungen in waldarmen Landesteilen (§ 22), hinzuwirken.

(3) Der Waldbeauftragte hat das Recht und die Pflicht, von allen Dienststellen des Landes die für seine Aufgaben erforderlichen Informationen abzufragen. Alle Planungen, die die Waldfläche berühren, sind ihm frühzeitig zur Kenntnis zu geben. Er ist auf Verlangen bei Verfahren mit Waldberührung hinzuzuziehen und anzuhören.

(3) Der Waldbeauftragte ist unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Er wird ehrenamtlich tätig. Das Nähere zum Ersatz von Kosten, die im Zuge der Erfüllung seiner Aufgaben entstehen, regelt das für Forsten zuständige Ministerium mit Zustimmung des für Forsten zuständigen Ausschusses.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident WBV Thüringen

Anlage

18513/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	berufständische Vertretung der privaten Waldbesitzer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ohrdruf, 10.08.2020	Walco

für Thüringen e.V.
Geschäftsstelle
Weidgasse 3a
99885 Ohrdruf
Tel. 03624/31 35 80 • Fax 31 51 46

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/723											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bundesverband Deutscher Fertigbau e. V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Flutgraben 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>53604 Bad Honnef</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesverband Deutscher Fertigbau e. V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Flutgraben 2	Postleitzahl, Ort	53604 Bad Honnef
	Name	Organisationsform									
	Bundesverband Deutscher Fertigbau e. V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Flutgraben 2									
Postleitzahl, Ort	53604 Bad Honnef										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	IHK Ostthüringen zu Gera Körperschaft des öff. Rechts	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gaswerkstr. 23
	Postleitzahl, Ort	07546, Gera
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	siehe Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7:	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gera, 11.08.2020	Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera Gaswerkstraße 23 07546 Gera Telefon 03 65-85 53-0

THÜR. LANDTAG POST
03.08.2020 10:44

17852/2020

Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera | Postfach 3062 | 07490 Gera

##51260##

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bearbeitet von

E-Mail

@gera.ihk.de

Telefon

+49 365 8553-110

Schriftl. Anhörungsverfahren

Gera, 28. Juli 2020

**Stellungnahme zum Entwurf des
Thüringer Gesetzes zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren**

Ihr Zeichen: A 6.1 Drs. 7/723 Ihre Nachricht vom: 11.06.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zu o. g. Gesetzentwurf Stellung nehmen zu können.

Die in Artikel 1 erfolgenden Änderungen der Thüringer Bauordnung (ThürBO) erscheinen hinreichend und nachvollziehbar begründet und finden unsere grundsätzliche Zustimmung.

Mit den geplanten Änderungen der §§ 26 und 28 wird ein zunehmender Einsatz von Holz als Baustoff angestrebt. Diesen Ansatz bewerten wir positiv. Die Holzverarbeitende Industrie ist für Thüringen insgesamt, insbesondere aber auch im Kammerbezirk Ostthüringen eine wichtige, wirtschaftlich starke und auch beschäftigungsintensive Branche. Ein stärkerer Einsatz von Holzbaustoffen ist in diesem Sinne natürlich positiv zu bewerten und dürfte insgesamt positive wirtschaftliche Effekte nach sich ziehen.

Die geplanten Änderungen in § 60 finden ebenfalls unsere Zustimmung. Die Ergänzung von § 10 Nr. 1 Buchstabe b, um Fahrradgaragen und Abstellplätze für Fahrräder, kommt dem sich verändernden Mobilitätsverhalten, insbesondere in urbanen Räumen entgegen und unterstützt den zunehmenden Einsatz von Fahrrädern und Pedelecs.

Die Klarstellung und Anpassung der Höhenvorgaben für verfahrensfreie Antennen und Masten erachten wir als sinnvoll. Mit Blick auf den weiterhin notwendigen und zu erwartenden Ausbau der Mobilfunknetze bewerten wir diese Anpassung positiv. Die damit mögliche, einfachere Umrüstung bestehender Anlagen ist gerade im Zuge des 5G-Netzaufbaus klar zu begrüßen. Insbesondere im ländlichen Raum ist ein stabiles und leistungsfähiges Mobilfunknetz ein entscheidender Standortfaktor und für erfolgreiche und zukunftsfähige Unternehmen unverzichtbar.

Die Ergänzung von Nr. 15 Buchstabe b ist ebenfalls zu begrüßen. Gegebenenfalls sollte hierbei im Sinne einer möglichst großen Technologieoffenheit noch über eine Ergänzung von Tankanlagen für Wasserstoff oder andere alternative Energieträger nachgedacht werden, da diese eventuell nicht durch den Begriff „Zapfsäule“ abgedeckt sein könnten.

Die mit den Artikeln 2 und 3 angestrebten Klarstellungen und Anpassungen bezüglich bestimmter genehmigungsrechtlicher Zuständigkeiten erscheinen sinnvoll und können in Einzelfällen sicher zu einer gewissen Reduzierung von Verwaltungsaufwand beitragen.

Mit freundlichen Grüßen

Leiterin Geschäftsbereich
Wirtschaft und Technologie

THÜR. LANDTAG POST
03.08.2020 07:12

17787/2020

Abs.: BUND Thüringen e.V., Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesverband
Thüringen e.V.

Fon 03 61 / 5 55 03 10
Fax 03 61 / 5 55 03 19

bund.thueringen@bund.net
www.bund-thueringen.de

Schriftl. Anhörungsverfahren

Erfurt, der 31.07.20

Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,
für die Beteiligung an dem o.g. Verfahren und die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Zu Artikel 1 bestehen von unserer Seite keine Einwände.

Zu Artikel 2 Änderung des Thüringer Waldgesetzes, Nr. 1:

Die Ergänzung von § 10 durch den neuen Absatz 8 wird abgelehnt.

Die Ergänzung wird dadurch begründet, dass Doppelbelastungen bei den Forstbehörden und Rechtsunsicherheiten bei Gemeinden und späteren Bauinteressenten durch die neue Regelung reduziert werden sollen. Tatsächlich tritt dieser Effekt nicht ein.

Die Forstbehörden müssen die Prüfung der Nutzungsartenänderung auch dann durchführen und die Änderung der Nutzungsart ggfs. genehmigen, wenn sie im Bauleitplanverfahren die Änderung in Aussicht gestellt haben. Die zweimalige Befassung mit dem Vorgang sowohl im Rahmen der Bauleitplanung als auch bei der Genehmigung der Änderung der Nutzungsart bleibt auch mit der vorgeschlagenen Neuregelung bestehen.

Das gilt insbesondere, wenn die In-Aussicht-Stellung der Genehmigung der Änderung der Nutzungsart durch die Forstbehörde unbefristet gelten soll. Je länger der Zeitraum zwischen Bauleitplanung und Genehmigung der Änderung der Nutzungsart ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die tatsächlichen Verhältnisse in den betroffenen Waldlebensräumen ändern und eine erneute, vertiefte Prüfung dadurch erforderlich wird. Deshalb führt die vorgeschlagene Änderung auch nicht zu größerer Rechtssicherheit für Gemeinden oder Bauinteressenten. Diese ist nur gegeben, wenn sich unmittelbar an das Bauleitplanverfahren das Genehmigungsverfahren für ein entsprechendes Bauvorhaben anschließt. In diesem Fall ist auch der Zusatzaufwand für die Forstbehörde überschaubar, weil



diese die Änderung der Nutzungsart ohne zusätzlichen Prüfaufwand genehmigen kann, da die Prüfung bereits im unmittelbar vorangegangenen Bauleitplanverfahren erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

18429/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

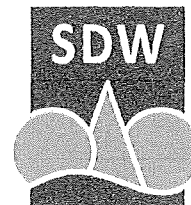
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlichert Verfahren	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	BUND Thüringen e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Trommsdorffstraße 5
	Postleitzahl, Ort
	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Landesgeschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Die Ergänzung von § 10 durch den neuen Absatz 8 wird abgelehnt. Die Regelung führt nicht zu einer Entlastung der Unteren Forstbehörden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.08.20	



THÜR. LANDTAG POST
03.08.2020 07:02

17782/2020

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.
Lindenhof 3 • 99998 Mühlhausen/OT Seebach

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Schriftl. Anhörungsverfahren

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
11.06.2020

Unser Zeichen

Datum
30.07.2020

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/723 -

Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V. (SDW)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als anerkannter Naturschutzverband nach § 63 BNatSchG bezieht die SDW zu dem vorgelegten Gesetzentwurf wie folgt Stellung.

Das Gesetzgebungsvorhaben wird durch die SDW im Grundsatz begrüßt. Vor allem unterstützen wir ausdrücklich die **Änderungen der Thüringer Bauverordnung** für vermehrte Verwendung von Holz als Baustoff. Die Klimaschutzleistungen durch eine holzbasierte Wertschöpfung stellen einen zentralen Bestandteil einer handlungsorientierten Strategie zu Treibhausgas-Einsparpotenzialen dar. Nicht nur kann hierbei atmosphärischer Kohlenstoff durch die Bindung in Holz langfristig gespeichert werden, vor allem können bei der Baustoffauswahl energieintensive Baustoffe substituiert werden.

Dennoch ist anzumerken, dass dieser sehr zu begrüßende Gesetzentwurf nur einen Teilbereich der Ausschöpfung des Holzbaupotenzials darstellt. Die konkrete Förderung von Holzbauprojekten, die sequentielle Verwendung von Holzrohstoffen (Kaskadennutzung) sowie regionale Stoffkreisläufe stellen hierbei weiterhin zentrale Herausforderungen dar.

Eine Vereinfachung der bauaufsichtlichen Verfahren im Sinne des Ausbaus der Mobilitätsinfrastruktur kann von Seiten der SDW nur begrüßt werden.

Ebenso unterstützt die SDW die angestrebten Verfahrenserleichterungen durch die **Änderung des Thüringer Waldgesetzes**. Der Sicherstellung notwendiger Kompensationen aus beeinträchtigenden Wirkungen sollte innerhalb dieser Verfahren erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Kompensationsleistungen sind im Sinne des Waldflächenerhalts in geeigneten Zeithorizonten umzusetzen. Der zeitliche Verzug zwischen Eingriff und erreichter Kompensationsleistung muss möglichst gering gehalten werden.

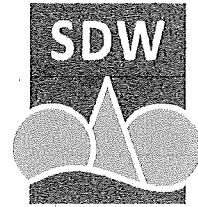
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.

Lindenhof 3
99998 Mühlhausen/OT Seebach
Steuernummer: 157/142/09490
Amtsgericht Mühlhausen VR 204

Tel.: (03601) 42 70 40
Fax: (03601) 40 29 03
Web: www.sdw-thueringen.de
Mail: info@sdw-thueringen.de

Anerkannter Verband nach dem
Bundesnaturschutzgesetz / Bund
zur Förderung der Landespflanze
und des Naturschutzes





Im Weiteren muss auch der qualitative Anspruch an Kompensationsmaßnahmen umfassender bewertet werden. Maßnahmen müssen auf geeigneten Flächen langfristig sinnvolle Verbesserungen erbringen. Neben der naturschutzfachlichen Aufwertungsfähigkeit müssen auch klimaschutzrelevante Bewertungskriterien Beachtung finden.

Unsere Waldökosysteme befinden sich in einer historisch desolaten Situation. Der Wald ist unstrittig und im Besonderen von sich schnell ändernden klimatischen Bedingungen betroffen. Gleichzeitig bilden Waldökosysteme bezugnehmend auf die Klimaschutzleistung einen der bedeutendsten Faktoren hinsichtlich des globalen Kohlenstoffkreislaufs sowie dem lokalen Wirken auf Klima- und Wasserhaushalt. Nicht zuletzt bilden Sie zu einem erheblichen Anteil unsere Lebensgrundlage. Die Erhaltung selbiger sowohl in der qualitativen als auch quantitativen Ausstattung sollte unser primärer Anspruch sein.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

177 8512020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Thüringer Gesetz zur BESchleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Drucksache 7/723 -	
1.	bei natürlichen Personen
	Name Vorname
	bei juristischen Personen
	Name Organisationsform
	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Thüringen e.V. e.V.
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer Lindenhof 3
	Postleitzahl, Ort 99998 Mühlhausen
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Förderung von Naturschutz und Landschaftspflege



4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Dem Gesetzgebungsvorhaben wird zugestimmt.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum <i>Altshausen, 30.07.2020</i>	Unterschrift <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>
---	---

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -													
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG, Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutsche Spe- und Holzindustrie Bundesverband</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Dorfkloster 54, D-117 Berlin</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>11</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutsche Spe- und Holzindustrie Bundesverband	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorfkloster 54, D-117 Berlin	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11	Postleitzahl, Ort	11		
Name	Organisationsform												
Deutsche Spe- und Holzindustrie Bundesverband	e.V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorfkloster 54, D-117 Berlin												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11												
Postleitzahl, Ort	11												
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Geschäftsführer	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Vorwürfe von Hdz in Gl 4 u 5 durch Änderung des § 26 und auszuscheiden kommt. Weiterer Änderungsbedarf um bei den Regelungen zu Halbplätzen, Garagen, Aufzügen besteht. Die Abnahme von Typenzeichnungen wird vorgezogen.	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBettStG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 13.08.20	

Deutsche Säge- und Holzindustrie | Dorotheenstraße 54 | D-10117 Berlin

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Herrn
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
31.07.2020 10:35

17748/2020

Geschäftsstelle Berlin
Dorotheenstraße 54
D-10117 Berlin
Telefon:
E-Mail: info@saegeindustrie.de

Berlin, 31. Juli 2020

**Stellungnahme des DeSH zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren,
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Drucksache
7/723**

Sehr geehrter Herr

sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband (DeSH) bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Beratungsprozesses zur Novellierung der Thüringer Bauordnung Vorschläge und Empfehlungen abgeben zu dürfen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Beschlüsse der Bauministerkonferenz vom September 2019 zur Stärkung des Holzbaus in den Gebäudeklassen 4 und 5 umgesetzt werden. Darüber hinaus gibt es aus unserer Sicht noch weitere Möglichkeiten, um sowohl die Möglichkeiten von Aufstockungen und Nachverdichtungen in den urbanen Gebieten in Thüringen als auch grundsätzliche Vereinfachungen der Bautätigkeit zu schaffen.

Unsere Empfehlungen haben wir in der Stellungnahme zu dem Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren, Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Drucksache 7/723 zusammengefasst.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin

Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.

**Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren,
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN,
Drucksache 7/723**

Nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum schaffen, Klimaschutz im Gebäudebereich fördern und Städte zukunftsfähig weiterentwickeln, sind die großen Herausforderungen, denen sich Thüringen in den kommenden Jahren stellen muss. Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) begrüßt daher die Novellierung der Bauordnung Thüringens und bedankt sich für die Möglichkeit, den Beratungsprozess begleiten zu können.

Bei der Bereitstellung von Wohnraum stehen die ländlichen und städtischen Räume vor unterschiedlichen Herausforderungen. Während in den ländlichen Regionen vor allem die Innenentwicklung der Dörfer und Gemeinden im Fokus steht, sind in urbanen Gebieten dringend flexible Regelungen bei Abstandsflächen und Stellplätzen nötig, um die Potenziale von Aufstockungen und Nachverdichtungen voll ausschöpfen zu können.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich erheblich zu reduzieren, um bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Als klimafreundlicher Baustoff wird Holz zur Reduzierung von CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren eine bedeutende Rolle spielen. Gleichzeitig wird der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum stetig wachsen. Diesem drängenden Wohnraumbedarf lässt sich nur mit der Schaffung neuer Wohnungen begegnen. Die zentrale Aufgabe wird künftig darin bestehen, diesen Wohnraum nachhaltig, klimafreundlich und bezahlbar bereitzustellen.

Der DeSH begrüßt daher ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch Thüringen die Beschlüsse der Bauministerkonferenz vom September 2019 zum Einsatz von Holz in den Gebäudeklassen 4 und 5 umgesetzt werden sollen.

Der verstärkte Einsatz von Holz kann auf mehreren Wegen zum Klimaschutz beitragen: Bäume entziehen während ihres Wachstums der Atmosphäre CO₂ und binden es über die gesamte Lebensdauer in Produkten. Darüber hinaus kann Holz energieintensiv hergestellte Baustoffe ersetzen und somit zur Reduktion der gesamten Emissionen führen. Am Ende der Nutzungsphase wird Holz zu einer verlässlichen erneuerbaren Energiequelle. Insgesamt lassen sich durch die verschiedenen Verwendungen von Holz jedes Jahr bis zu 70 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Bezogen auf die derzeitige Bautätigkeit im Inland wäre bereits ein Drittel der jährlichen Holzernte ausreichend, um den Holzbedarf für das gesamte Neubauvolumen in Deutschland zu decken. Ein hoher Vorfertigungsgrad und ein geringes Eigengewicht bieten zudem bei Aufstockungen, Nachverdichtungen, Neubau und Sanierung große Potenziale schnell klimafreundlichen Wohn- und Nutzraum zu schaffen.

Ziel einer Novellierung der Thüringer Bauordnung muss es daher sein, die Bautätigkeit attraktiver zu gestalten und den Einsatz klimafreundlicher Baustoffe konsequent voranzutreiben. Denn nur durch eine solche Verbindung lassen sich Städte und Regionen nachhaltig zukunftsfest machen.

Der DeSH schlägt daher folgende Ergänzungen an dem Gesetzentwurf vor:

Im Einzelnen:

§ 2 Abs. 3 Satz 3 Begriffe:

Die Höhenbestimmung eines Gebäudes im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 3 erfolgt durch die Bezugnahme auf die Geländeoberfläche im Mittel. Daraus resultiert, dass Gebäude in Hanglagen oder mit hohen Erdgeschossen, die von der Charakteristik eher einem Gebäude der Gebäudeklasse (GK) 3 entsprechen, in die GK 4 kategorisiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Gebäude mit Nutzungseinheiten größer als 400 m² dann sogar der GK 5 zugeordnet werden. Grund ist der scheinbare Wegfall der Anleiterbarkeit zur Bildung des zweiten Rettungsweges. Als Konsequenz daraus ergeben sich unbegründet erhöhte Anforderungen und damit auch deutlich steigende Baukosten.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 2 Abs. 3 Satz 5:

„Abweichend von Satz 3, kann zur Einstufung in die Gebäudeklasse 3 die Geländeoberfläche, die von der Feuerwehr zur Bildung des zweiten Rettungsweges genutzt wird, zur Berechnung der Höhe herangezogen werden, wenn für jede Nutzungseinheit der zweite Rettungsweg nachgewiesen wird.“

§ 2 Abs. 6 Begriffe:

Es wird eine Ergänzung der Definition des Vollgeschosses zwischen den Absätzen 6 und 7 vorgeschlagen, analog zur Landesbauordnung (LBO) Baden-Württemberg.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung zwischen § 2 Abs. 6 und Abs. 7

„Vollgeschosse sind Geschosse, die mehr als 1,4 m über der Geländeoberfläche im Mittel hinausragen und – von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußboden der darüber liegenden Decke oder bis Oberkante Dachhaut des darüber liegenden Daches gemessen – mindestens 2,3 m hoch sind. Die im Mittel gemessene Geländeoberfläche ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Höhenlage der Geländeoberfläche an den Gebäudeecken. Keine Vollgeschosse sind:

1. Geschosse, die ausschließlich der Unterbringung von haustechnischen Anlagen und Feuerungsanlagen dienen,
2. oberste Geschosse, bei denen die Höhe von 2,3 m über weniger als drei Viertel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses vorhanden ist.“

§ 6 Abs. 5 Satz 2 Abstandsflächen, Abstände

Um eine effizientere Flächennutzung zu gewährleisten, sollten die Abstandsflächen in urbanen Gebieten, Kerngebieten, Dorfgebieten und besonderen Wohngebieten angepasst werden. Dies würde nachträgliche Aufstockungen von Gebäuden deutlich vereinfachen.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 6 Abs. 5 Satz 2

„In Gewerbe-, Industrie-, Kern-, Dorf- und urbanen Gebieten sowie in Sondergebieten, deren Nutzung mit einem Gewerbe- oder Industriegebiet vergleichbar ist, genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m.“

§ 6 Abs. 7 Satz 2 Abstandsflächen, Abstände

In Anlehnung an die LBO Baden-Württemberg sollte bei Maßnahmen zum Zweck der Energieeinsparung die Stärke von nachträglich aufgebrachtener Wärmedämmung auf 0,30 m erhöht werden und die Bekleidung einschließen.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 6 Abs. 7 Satz 2

„Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung und Solaranlagen an bestehenden Gebäuden unabhängig davon, ob diese den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 entsprechen, außer Betracht, wenn sie:

- 1. einschließlich der Bekleidung eine Stärke von nicht mehr als 0,30 m aufweisen und**
- 2. mindestens 2,50 m von der Nachbargrenze zurückbleiben.“**

§ 6 Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

§ 26 Abs. 2 Allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen

Die Änderung des § 26 Abs. 2 schafft die von der Bauministerkonferenz bei ihrer Sitzung am 26./27. September 2019 beschlossenen Voraussetzungen für das Bauen mit Holz in den Gebäudeklassen 4 und 5. Die im zu beratenden Gesetzentwurf gewählte Formulierung kann jedoch durch die Bezüge auf die §§ 30 und 35 zu Verwirrung führen. Durch Übernahme einer Formulierung, in der tragende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig sind, wird klar, dass Brandwände (§ 30) und Wände notwendiger Treppenträume (§ 35) von dieser Ausnahme nicht betroffen sind.

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Harmonisierung des Baurechts ist Ziel der Bauministerkonferenz und wird für alle am Bau beteiligten Akteure zu Vereinfachungen in der Praxis führen. Im Hinblick auf eine möglichst einheitliche Regelung in den Landesbauordnungen wird die Neufassung des § 26 Abs. 2 Satz 4 vorgeschlagen, die bereits in den Bauordnungen Baden-Württembergs und Berlins verankert ist.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 26 Abs. 2 Satz 4

„Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind andere tragende oder aussteifende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern die hinsichtlich der Standsicherheit und des Raumabschlusses geforderte Feuerwiderstandsfähigkeit nachgewiesen und die Bauteile und ihre Anschlüsse ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sind. ~~sie den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen. Satz 4 gilt nicht für Wände nach § 30 Abs. 3 Satz 1 und Wände nach § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1.~~“

Anmerkung:

Damit diese Änderung zum Tragen kommt, ist auch ein Einschub in den Technischen Baubestimmungen nötig. Unter Punkt A 2.1.3.1 muss angefügt werden, dass die gebundene Abweichungsmöglichkeit nach § 26 Abs. 2 Satz 4 unberührt bleibt.

Mit der hier vorgeschlagenen Änderung des § 26 würde dem politischen und gesellschaftlichen Ziel einer stärkeren Verwendung von Holz im Bauwesen umfassend Rechnung getragen und eine flexible Anpassung der Technischen Baubestimmungen ermöglicht. Derzeit wird die Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Bauteile und Außenwandbekleidungen in Holzbauweise – MHolzBauRL vom Mai 2020 beraten, die Eingang in die Technischen Baubestimmungen finden soll, aus Sicht der Praxis jedoch nicht den aktuellen Stand der Technik abbildet. Ziel sollte es jedoch sein, in der Landesbauordnung die Grundlage für den Holzbau in den Gebäudeklassen 4 und 5 zu legen und die technischen Baubestimmungen den jeweils aktuellen Stand anzupassen

§ 49 Stellplätze und Garagen, Abstellplätze für Fahrräder sowie § 50 Barrierefreies Bauen

Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches sollten vereinfacht werden. Ebenso wäre bei solchen Maßnahmen eine Erleichterung bei den Anforderungen an das barrierefreie Bauen und an die Stellplätze geboten.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 49 Abs. 1 Satz 3

„Eine Abweichung von dieser Verpflichtung ist zuzulassen bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen und die Herstellung auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.“

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 50 Abs. 1:

„Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegt.“

Ergänzungsvorschlag:

Einführung von § 76a Typengenehmigungen

Die Einführung von Typengenehmigungen würde den Planungs- und Genehmigungsaufwand für die Bauwirtschaft verringern, da diese für eine Vielzahl von Bauvorhaben genutzt werden kann. Damit würde insbesondere serielles Bauen zur Schaffung von Wohnraum gestärkt. Auch die Bauministerkonferenz hat neben der weitgehenden Harmonisierung des Baurechts ebenso eine Vereinfachung und Weiterentwicklung durch Aufnahme von Typengenehmigungen in die Musterbauordnung beschlossen. Daher wird hier die Verankerung einer entsprechenden Regelung ebenfalls vorgeschlagen.

Ergänzungsvorschlag: Aufnahme nachfolgender Regelungen analog zu geplanten Bayerischen Bauordnung:

§76 a Typengenehmigung

(1) ¹Für bauliche Anlagen, die mehrfach in derselben Ausführung errichtet werden sollen, erteilt die oberste Bauaufsichtsbehörde eine allgemeine bautechnische Genehmigung (Typengenehmigung), wenn diese den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen. ²Für bauliche Anlagen, die in unterschiedlicher

Ausführung, aber nach einem bestimmten System aus Bauteilen errichtet werden sollen, gilt Satz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Zulässigkeit der Veränderbarkeit festgelegt wird.

(2) ¹Regelt die Typengenehmigung Anforderungen an die Standsicherheit, den Brand-, Schall- und Erschütterungsschutz und stellt sie fest, welche dieser Anforderungen eingehalten sind, gilt sie insoweit als bautechnischer Nachweis im Sinne von §65. ²§ 87a. Abs. 1 Satz 3 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass § 16a Abs. 2 und § 17 Abs. 1 keine Anwendung finden. ³ § 66 gilt entsprechend.

(3) ¹Der Antrag ist schriftlich bei der obersten Bauaufsichtsbehörde einzureichen. ²Die Typengenehmigung bedarf der Schriftform. ³Sie wird befristet für die Dauer von fünf Jahren erteilt. ⁴Die Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu 5 Jahre verlängert werden.

(4) Vergleichbare Typengenehmigungen anderer Länder gelten auch im Freistaat Thüringen.

(5) Eine Typengenehmigung entbindet nicht von der Verfahrenspflicht nach Art. 58 bis 60.“

Handlungsempfehlungen

Um die Potenziale für eine nachhaltige Schaffung von Wohnraum in Thüringen voll ausschöpfen zu können, empfiehlt der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband:

- Eine alternative Möglichkeit der Bestimmung der Höhe für Gebäude in Hanglagen zuzulassen.
- Eine Verringerung der Abstandsflächen in Dorf-, Kern- und urbanen Gebieten und deren Flexibilisierung zu schaffen.
- Eine Anpassung der Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen an den aktuellen Stand der Technik.
- Vereinfachungen bei der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch praxistaugliche Vorgaben zu Stellplätzen und barrierefreiem Wohnen zu schaffen.
- Einführung von Typengenehmigungen zu verankern.

Kontakt:

Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V.

Dorotheenstraße 54
10117 Berlin

info@saegeindustrie.de

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Stz: Fachhochschule Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Leipziger Straße 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stz: Fachhochschule Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leipziger Straße 27	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Stz: Fachhochschule Erfurt										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leipziger Straße 27										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der Forst- und Holzwirtschaft in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Verringerung der Abstandsflächen in Dorf-, Kern- und urbanen Gebieten - Anpassung der Anforderungen an das Brandverhalten entsprechend Bauordn. Baden-Württemberg - verbindliche Vorgaben zu Schutzplätzen - konkrete Vorgaben für klimafreundliches Bauen dringend nötig !! 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 7.9.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
31.08.2020 08:55
1999312020

Landesbeirat Wald & Holz Thüringen e.V.
Leipziger Straße 77 | 99085 Erfurt | Deutschland

Vorstandsvorsitzender
Tel. +49 (0) 9853/338-274

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten

z.Hd. Herrn |

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, 28.07.2020

**Stellungnahme zum Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren,
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN,
Drucksache 7/723**

Sehr geehrter Herr , sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten,

der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V. begrüßt die Änderung der Thüringer
Bauordnung und deren Ziel, die Möglichkeiten zur Verwendung von Holz zu erweitern.
Für Ihre Einladung zur Stellungnahme zu dem vorliegenden Gesetzentwurf danken wir
Ihnen sehr herzlich.

Thüringen steht vor der Herausforderung, den steigenden Wohnraumbedarf vor allem
in den kreisfreien Städten Erfurt, Jena, Weimar und dem Landkreis Weimarer Land zu
decken. Insgesamt werden bis zum Jahr 2030 in Erfurt 13.100 und im Weimarer Land
3.000 Wohneinheiten benötigt.¹ Dabei stellt sich die zentrale Aufgabe, diesen
Wohnraum nachhaltig, klimafreundlich und bezahlbar bereitzustellen.

¹ Böttcher, Nolte und Meike Stüve (2018): 2. *Wohnungsmarktbericht Thüringen*, Thüringer Ministerium für Infrastruktur und
Landwirtschaft, S. 78.

Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich erheblich zu reduzieren, um bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Da der Gebäudesektor für 30 % der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich ist, spielt er für die Erreichung der Klimaschutzziele eine entscheidende Rolle. Ein erheblicher Anteil dieser CO₂-Emissionen entsteht dabei bereits bei der Herstellung der Gebäude und Baustoffe.

Durch den verstärkten Einsatz von Holz im Bauwesen können nicht nur mehr als 2 Millionen Tonnen CO₂ langfristig im Holz gespeichert,² sondern auch energieintensive Materialien wie Stahl und Beton ersetzt und damit die CO₂-Emissionen im Bauwesen jährlich um 30 Millionen Tonnen gesenkt werden.³ Bezogen auf die derzeitige Bautätigkeit im Inland wäre bereits ein Drittel der jährlichen Holzernte ausreichend, um den Holzbedarf für das gesamte Neubauvolumen in Deutschland zu decken.

Der flexible und zugleich leichte Baustoff Holz kann somit nicht nur einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten, sondern vor allem in urbanen Gebieten durch Aufstockungen dringend benötigten Wohnraum bereitstellen.

Um der Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden zu können, sind insbesondere bei Neubauten die Festlegung einer an eine Nutzungsdauer der Gebäude gebundene Einlagerungsmenge an CO₂, die Bewertung von Baumaßnahmen nach Errichtungs-, Betriebs- und Rückbaukosten und die Erweiterung des Gebäudeenergiepasses um die CO₂-Emissionsmengen bei der Materialerzeugung und dem Betrieb der Gebäude zu diskutieren.

Thüringen, das grüne Herz Deutschlands, ist eines der walddreichsten Bundesländer und gehört zu den Regionen mit einer langen Holzbautradition. Die Wälder Thüringens werden nachhaltig und naturnah genutzt und gepflegt. Jedes Jahr wächst zudem mehr Holz nach als geerntet wird. Das Cluster Forst und Holz beschäftigt schon heute in Thüringen mehr Menschen als die Automobil- oder die Elektroindustrie. Über 40.000 Mitarbeiter erwirtschaften einen Jahresumsatz von circa 2 Milliarden Euro. Mit einer Holzbauquote von 19,7 % liegt Thüringen im Bundesdurchschnitt.

Durch eine Steigerung auf knapp 30%, wie in Baden-Württemberg, ließen sich mittelfristig Tausende neue Arbeitsplätze in Thüringen, insbesondere in den ländlichen Regionen, schaffen.

² Vgl. Treibhausgasbilanzierung von Holzgebäuden – Umsetzung neuer Anforderungen an Ökobilanzen und Ermittlung empirischer Substitutionsfaktoren (THG-Holzbau), Annette Hafner et.al 2017.

³ Vgl. Waldbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2017, S.71 ff.

Im grünen Herzen Deutschlands verfügen wir über die notwendigen Ressourcen und das Potential, eine führende Rolle beim Klimaschutz durch das Bauen mit Holz einzunehmen.

Mit den richtigen „Weichenstellungen“ lässt sich der Standortvorteil „nachwachsende Rohstoffe“ für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Thüringens nutzen und der Freistaat zu einer europäischen Leuchtturmregion für moderne und nachhaltige Holzverwendung entwickeln. Auch aus diesem Grund ist eine moderne, zukunftsweisende, holzbaufreundliche Bauordnung für Thüringen unabdingbar.

Der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V. schlägt die folgenden Änderungen vor:

§ 6 Abs. 5 Satz 2 Abstandsflächen, Abstände

Um eine effizientere Flächennutzung zu gewährleisten, sollten die Abstandsflächen in urbanen Gebieten, Kerngebieten, Dorfgebieten und besonderen Wohngebieten angepasst werden. Dies würde nachträgliche Aufstockungen oder den Umbau von Gebäuden deutlich vereinfachen. Nachfolgend wird eine Formulierung vorgeschlagen, die den Regelungen der Landesbauordnung Baden-Württembergs entspricht.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung § 6 Abs. 5 Satz 2

„In Gewerbe-, Industrie-, Kern-, Dorf- und urbanen Gebieten sowie in Sondergebieten, deren Nutzung mit einem Gewerbe- oder Industriegebiet vergleichbar ist, genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m.“

§ 26 Abs. 2 Allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen

Die gewählte Formulierung ermöglicht zwar das Bauen mit Holz bis zur Gebäudeklasse 5, kann jedoch durch die Bezüge auf die §§30 und 35 zu Verwirrung führen. Wir schlagen eine Formulierung vor, in der tragende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig sind. Dadurch wird klar, dass Brandwände (§ 30) und Wände notwendiger Treppenräume (§ 35) von dieser Ausnahme nicht betroffen sind.

Ein weiterer Vorteil ist, dass man durch diese Formulierung die unterschiedlichen Landesbauordnungen zu einem gewissen Grad vereinheitlichen könnte (siehe Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin).

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 26 Abs. 2 Satz 4

„Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind ~~andere~~ tragende oder aussteifende sowie raumabschließende Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern die hinsichtlich der Standsicherheit und des Raumabschlusses geforderte Feuerwiderstandsfähigkeit nachgewiesen und die Bauteile und ihre Anschlüsse ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sind.“

§ 49 Stellplätze und Garagen, Abstellplätze für Fahrräder

Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches sollten vereinfacht werden. Eine Erleichterung wäre eine Regelung, die das Schaffen von neuen Stellplätzen nur dann notwendig macht, wenn das wirtschaftlich zumutbar ist. Nachfolgend wird eine Formulierung vorgeschlagen, die den Regelungen der Landesbauordnung Baden-Württembergs entspricht.

Änderungsvorschlag:

Ergänzung: § 49 Abs. 1 Satz 3

„Eine Abweichung von dieser Verpflichtung ist zuzulassen bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches, wenn die Baugenehmigung oder Kenntnisgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen und die Herstellung auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.“

Zusammenfassung:

Um die Potenziale des modernen Holzbaus für den Klimaschutz und die Schaffung von Wohnraum in Thüringen voll auszuschöpfen zu können, empfiehlt der Landesbeirat Wald und Holz Thüringen e.V. neben einer Diskussion konkreter Vorschläge für Mindeststandards bei Hochbaumaßnahmen in folgenden drei Punkten Änderungen des vorliegenden Gesetzesentwurfes:

- Eine Verringerung der Abstandsflächen in Dorf-, Kern- und urbanen Gebieten.
- Eine Anpassung der Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen.
- Vereinfachungen bei der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch praxistaugliche Vorgaben zu Stellplätzen.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstandsvorsitzender

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.

Evangelische Kirche Mitteldeutschland Landeskirchenamt

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben - soweit für sie zutreffend - zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE UNKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG; eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein; dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Flutgraben 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>53604 Bad Honnef</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Flutgraben 2	Postleitzahl, Ort	53604 Bad Honnef		
Name	Organisationsform												
Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.	Eingetragener Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Flutgraben 2												
Postleitzahl, Ort	53604 Bad Honnef												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>D Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>D Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			D Geschäfts- oder Dienstadresse	D Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
D Geschäfts- oder Dienstadresse	D Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)
	wirtschaftliche und politische Interessenvertretung
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> X ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren ;wsammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)
	Es wird insbesondere vorgeschlagen: <ul style="list-style-type: none"> • Eine Anpassung der Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen an den neuesten Stand der Technik. • Eine Verringerung von vorgeschriebenen Abstandsflächen. • Einführung von Typengenehmigung, um serielles Bauen zu vereinfachen
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum esetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	In welcher Form haben Sie sich ge_äußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail
	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> X nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
1 BAd Honnef, 31.07.2020	1



HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE

THÜR. LANDTAG POST
03.08.2020 07:22

17790/2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Herr Ministerialrat Frank Heilmann
Jürgen-Fuchs-Str. 1
D-99096 Erfurt

fakultativ Anzuhörender

Bad Honnef, 31. Juli 2020

**Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des
Thüringer Landtags**

Sehr geehrter Herr Heilmann, sehr geehrte Damen und Herren,

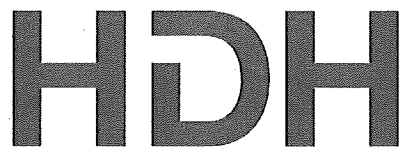
wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. Juni 2020, welches uns der Deutsche Holzwirtschaftsrat (DHWR) mit der Bitte um begleitende Kommentierung zugeleitet hat. Gerne nutzen wir im Interesse der bei uns organisierten und in Thüringen agierenden Holzbauer die Möglichkeit, Stellung zu Ihrem Gesetzentwurf zu nehmen.

Hintergrund

Der Entwurf greift zahlreiche Aspekte des Baurechts auf, die der Verband seit langer Zeit als Hemmnisse für die Schaffung des in Ballungsgebieten dringend benötigten Wohnraums erkennt und kritisiert. Dabei bietet insbesondere die Aufstockung von Bestandsgebäuden mit Hilfe des nachwachsenden Rohstoffes Holz enormes Potenzial. So unterstützt er nicht nur durch sein geringes Eigengewicht die Gebäudestatik, sondern reduziert dank des hohen Vorfertigungsgrades von Elementen in Holzbauweise die baustellenbedingten Einschränkungen vor Ort durch verkürzte Montagezeiten deutlich.

Grundsätzlich trägt der Holzbau zudem auf zweierlei Art zum Klimaschutz bei: Er entzieht der Atmosphäre klimaschädliches CO₂ während des Wachstums, bindet den Kohlenstoff dauerhaft und kann zusätzlich im Bauwesen energieintensiv produzierte Baumaterialien substituieren.





HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE

Wichtigste Punkte

Der HDH schlägt daher vor, die im Gesetzesentwurf des Thüringer Gesetzes zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren (Änderung der Thüringer Bauordnung) vorgesehenen Änderungen zu nutzen, um gleichzeitig weitere baurechtliche Hemmnisse abzubauen, die der Aufstockung von Bestandsgebäuden in Holzbauweise entgegenstehen. Die Vorschläge des HDH orientieren sich dabei an bereits in anderen Bundesländern umgesetzten beziehungsweise geplanten Maßnahmen zur Erleichterung des Bauens mit Holz und der allgemeinen Schaffung von Wohnraum in Ballungsgebieten. Des Weiteren orientieren sie sich an den Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Bauen mit Holz in Stadt und Land" des vom Bundeslandwirtschaftsministerium initiierten und koordinierten Dialogprozesses Charta für Holz 2.0.

Es wird insbesondere vorgeschlagen:

- Eine Anpassung der Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen an den neuesten Stand der Technik.
- Eine Verringerung von vorgeschriebenen Abstandsflächen.
- Einführung von Typengenehmigung, um serielles Bauen zu vereinfachen.

Die detaillierten Vorschläge zur Änderung bzw. Ergänzung der Thüringer Bauordnung können Sie der als **Anlage** beigefügten tabellarischen Auflistung entnehmen, die wir unter dem Dach des Deutschen Holzwirtschaftsrats (DHWR) gemeinschaftlich erarbeitet haben.

Anlagen 2:

Tabellarische Auflistung der vorgeschlagenen Anmerkungen/Änderungen zur Thüringer Bauordnung mit den Begründungen

Unterzeichnete Erklärung

Ansprechpartner HDH:

Hauptverband der Deutschen Holzindustrie und
Kunststoffe verarbeitenden Industrie und verwandter
Industrie- und Wirtschaftszweige e.V.

Flutgraben 2, D-53604 Bad Honnef
Hauptstadtbüro: Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Auf Grundlage der Dokumente

Gesetzesentwurf des Thüringer Gesetzes zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren (Änderung der Thüringer Bauordnung)
Stand 06. Mai 2020

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
1	2 Begriffe	(3) Ergänzung	Höhe im Sinne des Satzes 1 ist das Maß der Fußbodenoberkante des höchstgelegenen Geschosses, in dem ein Aufenthaltsraum möglich ist, über der Geländeoberfläche im Mittel. Die Grundflächen der Nutzungseinheiten im Sinne dieses Gesetzes sind die Brutto-Grundflächen; bei der Berechnung der Grundflächen nach Satz 1 bleiben Flächen in Kellergeschossen außer Betracht. <u>Abweichend von Satz 2, kann zur Einstufung in die Gebäudeklasse 3 die Geländeoberfläche, die von der Feuerwehr zur Bildung des zweiten Rettungsweges genutzt wird, zur Berechnung der Höhe herangezogen werden, wenn für jede Nutzungseinheit der zweite Rettungsweg nachgewiesen wird.</u>	Die Höhenbestimmung eines Gebäudes im Sinne des Abs. 3 Satz 2 erfolgt durch die Bezugnahme auf die Geländeoberfläche im Mittel. Daraus resultiert, dass Gebäude in Hanglagen oder mit hohen Erdgeschossen, die von der Charakteristik eher einem Gebäude der Gebäudeklasse (GK) 3 entsprechen, in die Gebäudeklasse 4 kategorisiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass Gebäude mit Nutzungseinheiten größer 400m ² dann der Gebäudeklasse 5 zugeordnet werden. Grund ist der scheinbare Wegfall der Anleiterbarkeit zur Bildung des zweiten Rettungsweges. Als Konsequenz daraus ergeben sich unbegründete erhöhte Anforderungen und damit auch deutlich erhöhte Baukosten.
2	2 Begriffe	Einschub nach (6)	<p>6) Oberirdische Geschosse sind Geschosse, deren Deckenoberkanten im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragen; im Übrigen sind sie Kellergeschosse. Hohlräume zwischen der obersten Decke und der Bedachung, in denen Aufenthaltsräume nicht möglich sind, sind keine Geschosse.</p> <p><u>(7) Vollgeschosse sind Geschosse, die mehr als 1,4 m über der Geländeoberfläche im Mittel hinausragen und – von Oberkante Fußboden bis Oberkante Fußboden der darüber liegenden Decke oder bis Oberkante Dachhaut des darüber liegenden Daches gemessen – mindestens 2,3 m hoch sind. Die im Mittel gemessene Geländeoberfläche ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Höhenlage der Geländeoberfläche an den Gebäudeecken. Keine Vollgeschosse sind Geschosse,</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <u>1. die ausschließlich der Unterbringung von haustechnischen Anlagen und Feuerungsanlagen dienen,</u> <u>2. oberste Geschosse, bei denen die Höhe von 2,3 m über weniger als drei Viertel der Grundfläche des darunterliegenden Geschosses vorhanden ist,</u> 	Im Hinblick auf die Erweiterung des Begriffes „Geschoss“ wird eine Ergänzung der Definition des Vollgeschosses zwischen den Absätzen 6 und 7 vorgeschlagen, analog zur Landesbauordnung Baden-Württemberg. Die nachfolgenden Absätze verschieben sich entsprechend.

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
			<p>Hohlräume zwischen der obersten Decke und dem Dach, deren lichte Höhe geringer ist, als sie für Aufenthaltsräume nach § 47 Abs. 1 erforderlich ist, sowie offene Emporen bis zu einer Grundfläche von 20 m² bleiben außer Betracht.</p> <p>(8) Stellplätze sind Flächen, die dem Abstellen von Kraftfahrzeugen...</p>	
3	6 Abstandsflächen, Abstände	(5) Ergänzung in Satz 2	<p>(5) Die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 0,4 H, mindestens 3 m. In Gewerbe- und Industriegebieten, Industrie-, Kern-, Dorf- und urbanen Gebieten en sowie in Sondergebieten, deren Nutzung mit einem Gewerbe- oder Industriegebiet vergleichbar ist, genügt eine Tiefe von 0,2 H, mindestens 3 m...</p>	Um eine effizientere Flächennutzung zu gewährleisten, sollten die Abstandsflächen in urbanen Gebieten, Kerngebieten, Dorfgebieten und besonderen Wohngebieten angepasst werden. Damit würden nachträgliche Aufstockungen von Gebäuden deutlich vereinfacht.
4	6 Abstandsflächen, Abstände	(7) Satz 1	<p>(7) Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben Maßnahmen zum Zweck der Energieeinsparung und Solaranlagen an bestehenden Gebäuden unabhängig davon, ob diese den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 entsprechen, außer Betracht, wenn sie</p> <p>1. <u>einschließlich der Bekleidung eine Stärke Dicke</u> von nicht mehr als <u>0,25 0,30</u> m aufweisen und</p> <p>2. mindestens 2,50 m von der Nachbargrenze zurückbleiben.</p>	<p>In Anlehnung an die LBO Baden-Württemberg sollte bei Maßnahmen zum Zweck der Energieeinsparung die Stärke von nachträglich aufgebrachtter Wärmedämmung auf 0,30 m erhöht werden und die Bekleidung einschließen.</p> <p>„Dicke“ ist die korrekte technische Kenngröße, „Stärke“ ist die umgangssprachliche Bezeichnung (analog Dämmung vs. Isolierung)</p>
5	8 Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke, Kinderspielplätze	(2) Ergänzung neuer Absatz nach (2)	<p>(2) Bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen ist auf dem Baugrundstück ...</p> <p><u>(3) Eine Abweichung von Abs. 1 ist bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches zuzulassen. Dies gilt nur wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen und die Herstellung auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.</u></p>	In Anlehnung an den Gesetzesentwurf zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Niedersachsen (NESWoG) sollten Anforderungen für die Schaffung von Kinderspielplätzen bei Aufstockungen von Bestandsgebäuden und bei der Schließung von Baulücken nicht zur Anwendung kommen, um hohe Zusatzkosten zu vermeiden.

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
6	§ 26 Allgemeine Anforderungen an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen	(2)	<p>(2) Bauteile werden nach den Anforderungen an ihre Feuerwiderstandsfähigkeit unterschieden in</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. feuerbeständige, 2. hochfeuerhemmende, 3. feuerhemmende; <p>die Feuerwiderstandsfähigkeit bezieht sich bei tragenden und aussteifenden Bauteilen auf deren Standsicherheit im Brandfall, bei raumabschließenden Bauteilen auf deren Widerstand gegen die Brandausbreitung. Bauteile werden zusätzlich nach dem Brandverhalten ihrer Baustoffe unterschieden in</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bauteile aus nichtbrennbaren Baustoffen, 2. Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und die bei raumabschließenden Bauteilen zusätzlich eine in Bauteilebene durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren Baustoffen haben, 3. Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus brennbaren Baustoffen bestehen und die allseitig eine <u>notwendige</u> brandschutztechnisch wirksame Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen (Brandschutzbekleidung) und Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen haben, 4. Bauteile aus brennbaren Baustoffen. <p>Soweit in diesem Gesetz oder in Vorschriften aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bauteile, die feuerbeständig sein müssen, mindestens den Anforderungen des Satzes 3 Nummer 2, 2. Bauteile, die hochfeuerhemmend sein müssen, mindestens den Anforderungen des Satzes 3 Nummer 3 entsprechen. 	<p>Die vorgeschlagene Streichung des Wortes „allseitig“ in Satz 5 berücksichtigt, dass bei der Vorgabe „allseitig“ eine brandschutztechnische Bekleidung auch an Bauteilseiten verpflichtend wäre, die z.B. an nicht brennbare Bauteile angrenzen – eine wenig sinnvolle und den Holzbau verteuernde Vorgabe!</p> <p>Die in Anlehnung an die Ausführungen der LBO BW ergänzte neue Formulierung fokussiert sich auf die Wahrung der hohen Schutzziele und verknüpft den Einsatz brennbarer Baustoffe an klar formulierte Leistungsziele, nämlich Feuerwiderstandsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen Brandausbreitung. Damit könnten auch Brandwände (§ 30 Abs. 1) und Treppenraumwände in Gebäuden der Gebäudeklasse 5 (§ 34 Abs.6 Satz 1) mit brennbaren Baustoffen unter Einhaltung der brandschutztechnischen Leistungskriterien ausgeführt werden.</p> <p>Die zurzeit vorgesehene Regelung bedeutet mit Bezug auf § 30 Abs. 1 (Brandwand) eine Ausnahme von der Ausnahmeregelung und „beißt sich“ etwas mit den Ausnahmen nach § 30 Abs. 2 und 3, die wiederum brennbare Baustoffe über Umwege zulassen. Dies kann in der Baupraxis zu unnötigen Irritationen bei der Auslegung führen.</p> <p>Der vorgeschlagene Textentwurf in der Ergänzung, der bei Abweichungen Technische Baubestimmungen nach § 87a Abs. 2 verweist, wird grundsätzlich befürwortet. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass diese technischen Baubestimmungen (Musterholzbaurichtlinie) auch eingeführt und auf dem neuesten Stand der Technik sind. Die Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Bauteile und Außenwandbekleidungen in Holzbauweise – MHolzBauRL – (Stand: Mai 2020) ist unserer Ansicht nach nur bedingt geeignet, das politische und gesellschaftliche Ziel einer verstärkten Verwendung von Holz beim Bauen zu fördern. Nach der Verbändeanhörung zur vorherigen Fassung aus 2019) erfolgte nur eine aus unserer Sicht unzureichende Überarbeitung der Richtlinie. Aus diesem Grunde schlagen wir eindringlich vor, zunächst</p>

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
			<p>Abweichend von Absatz 2 Satz 3 sind andere Bauteile, die feuerbeständig oder hochfeuerhemmend sein müssen, aus brennbaren Baustoffen zulässig, sofern sie den Technischen Baubestimmungen nach § 87a entsprechen. Satz 4 gilt nicht für Wände nach § 30 Absatz 3 Satz 1 und Wände nach § 35 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1, die hinsichtlich der Standsicherheit und des Raumabschlusses geforderte Feuerwiderstandsfähigkeit nachgewiesen und die Bauteile und ihre Anschlüsse ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sind. ⁵Zudem sind die Technischen Baubestimmungen nach § 87a zu berücksichtigen.</p>	<p>nebenstehende Ergänzung vor – wie aktuell in den Bundesländern Baden-Württemberg u.a. Durch diese Änderung wird der Grundstein für die breite Verwendung von Holz im Hochbau gelegt und eine nachhaltige Option gegeben, den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig durch die Verwendung von Holz einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.</p> <p>Der Verweis auf die noch einzuführende Technische Baubestimmung (Holzbau-RL) wie im Gesetzesentwurf vom 28.04.2020 formuliert, könnte alternativ in einem zweiten Artikelgesetz vorbereitet werden. Zunächst sollte die aktualisierte Richtlinie jedoch die neusten Erkenntnisse widerspiegeln.</p> <p>Eine ausführliche Stellungnahme des DHWR zum Entwurf der M-Holzbau-RL (2019) findet sich unter: https://www.dhwr.de/docs/1330-60/sn_dhwr_mholzbaurl_18.07.2019.pdf [Eine Stellungnahme zur Version Mai 2020 wird aktuell erarbeitet.]</p>
7	26 Tragende Wände, Stützen	(1) Satz 3	<p>(1) Tragende und aussteifende Wände und Stützen müssen im Brandfall ausreichend lang standsicher sein. ²Sie müssen in Gebäuden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Gebäudeklasse 5 feuerbeständig, 2. der Gebäudeklasse 4 hochfeuerhemmend, 3. der Gebäudeklassen 2 und 3 feuerhemmend <p>sein.</p> <p>Satz 2 gilt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für <u>oberste</u> Geschosse im Dachraum nur, wenn darüber noch Aufenthaltsräume möglich sind; § 29 Abs. 4 bleibt unberührt, und... 	<p>Die Nr. 1 von Satz 3 in den §§ 26 und 30 sollte wie nebenstehend gefasst werden und dient der Klarstellung.</p>

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
8	30 Decken	(1) Satz 3	<p>(1) Decken müssen als tragende und raumabschließende Bauteile zwischen Geschossen im Brandfall ausreichend lang standsicher und widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. ²Sie müssen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in Gebäuden der Gebäudeklasse 5 feuerbeständig, 2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 hochfeuerhemmend, 3. in Gebäuden der Gebäudeklassen 2 und 3 feuerhemmend <p>sein.</p> <p>Satz 2 gilt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für <u>oberste</u> Geschosse im Dachraum nur, wenn darüber Aufenthaltsräume möglich sind; § 28 Abs. 3 bleibt unberührt, 2. nicht für Balkone, ausgenommen offene Gänge, die als notwendige Flure dienen. 	Die Nr. 1 von Satz 3 in den §§ 26 und 30 sollte wie nebenstehend gefasst werden und dient der Klarstellung.
9	35 Notwendige Treppenräume, Ausgänge	(4) Satz 1, Nr. 1	<p>(4) Die Wände notwendiger Treppenräume müssen als raumabschließende Bauteile in Gebäuden</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Gebäudeklasse 5 die Bauart von Brandwänden <u>oder bei Verwendung brennbarer Baustoffe unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung eine feuerbeständige und notwendige brandschutztechnisch wirksame nichtbrennbare Bekleidung</u> haben, 2. der Gebäudeklasse 4 auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hochfeuerhemmend und 3. der Gebäudeklasse 3 feuerhemmend sein... 	Es gibt bereits unzählige Beispiele von in Holzbauweise ausgeführten Treppenhäusern. Um den besonderen Anforderungen an den Brandschutz in diesen Räumen zu genügen, wird vorgeschlagen, diesen Satz wie nebenstehend zu fassen.

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
10	36 Notwendige Flure, offene Gänge	(5) Satz 1	(5) Für Wände und Brüstungen notwendiger Flure mit nur einer Fluchtrichtung, die als offene Gänge vor den Außenwänden angeordnet sind, gilt Absatz 4 entsprechend. <u>Für Brüstungen notwendiger Flure mit nur einer Fluchtrichtung und einer Breite weniger als 1,50 m, die als offene Gänge vor den Außenwänden angeordnet sind, gilt Absatz 4 entsprechend.</u> Fenster sind in diesen Außenwänden ab einer Brüstungshöhe von 0,90 m zulässig.	Der Änderungsvorschlag berücksichtigt Erfahrungen bisheriger Bauvorhaben und dient der Präzisierung bei Vorhandensein offener Gänge. Der Satz sollte wie nebenstehend gefasst werden.
11	37 Fenster, Türen, sonstige Öffnungen	(5)	(5) Fenster, die als Rettungswege nach § 33 Abs.2 Satz 2 dienen, müssen im Lichten mindestens <u>eine Breite von 0,8 m, eine Höhe von 0,8 m und eine Fläche von mindestens 1,08 m² haben.</u> 0,90 m x 1,20 m groß und nicht höher als 1,20 m über der Fußbodenoberkante angeordnet sein. Liegen diese Fenster <u>als Rettungswege</u> in Dachschrägen oder Dachaufbauten, so darf ihre Unterkante oder ein davor liegender Austritt von der Traufkante horizontal gemessen nicht mehr als 1 m entfernt sein.	Die Problemstellung ergibt sich aus der starren Öffnungsfestlegung für ein Rettungsfenster nach MBO mit einer lichten Größe von 1,20 m x 0,90 m. Einzelne Bundesländer streben nun das Fenster immer mit 1,20 m Höhe an. Bei anderen ist auch eine 0,90 m Höhe ausreichend. Wenn nun aber ein Fenster 1,20 m hoch sein soll, dann werden die vorfertigenden Holzbauunternehmen benachteiligt, da bei einer üblichen Raumhöhe kein Rollladenkasten mehr über das hohe Fenster passen. Dies ist eine Funktionseinschränkung, welche aus Kundensicht nicht hinnehmbar ist. Gerade bei Gebäuden bis Gebäudeklasse 3 sind diese Anforderungen nicht gerechtfertigt/überzogen. Lösung hierfür wäre eine definierte Öffnungsfläche. In der Feuerwehzeitung wurde dieses Thema schon im Februar 2004 (S. 107-111) ausführlich und praxisnah betrachtet. In dem Artikel 3 „Rettungsfenster – wie groß ist groß genug?“ wurde damals der Schluss gezogen, dass Zwischenwerte zulässig sind, soweit die Summe aus Fensterbreite und Fensterhöhe im Lichten nicht den Wert der vorangestellten Fenstergröße unterschreitet und sowohl Fensterhöhe und Fensterbreite im Lichten mindestens 0,80 Meter groß sind. Gerade eine Höhe von 1,10 m würde schon reichen. Im Gegenzug kann ein Fenster dann etwas breiter sein, um gleiche Öffnungsflächen zu erreichen.
12	39 Aufzüge	(2)	(2) Fahrschachtwände müssen als raumabschließende Bauteile 1. in Gebäuden der Gebäudeklasse 5 feuerbeständig und aus nichtbrennbaren Baustoffen,	Der Begriff „ausreichende Dicke“ ist unbestimmt. Hier sollte wie vorgeschlagen eine konkrete Vorgabe gemacht werden

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
			<p>2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 hochfeuerhemmend, und</p> <p>3. in Gebäuden der Gebäudeklasse 3 feuerhemmend</p> <p>sein; Fahrschachtwände aus brennbaren Baustoffen <u>nach Nr. 2. müssen schachtseitig für eine Zeitdauer von 30 Minuten brandschutztechnisch wirksam sein, solche nach Nr. 3. eine schachtseitige Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen mit einer Dicke von mindestens 9,5 mm haben, müssen schachtseitig eine Bekleidung aus nicht brennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben.</u> Fahrschachttüren und andere Öffnungen in Fahrschachtwänden mit erforderlicher Feuerwiderstandsfähigkeit sind so herzustellen, dass die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1 nicht beeinträchtigt werden.</p>	
13	39 Aufzüge	(4)	<p>(4) Gebäude mit einer Höhe nach § 2 Abs. 3 Satz 2 von mehr als 13 m müssen Aufzüge in ausreichender Zahl haben; die Aufzüge müssen mit Sprachmodulen ausgerüstet sein. Von diesen Aufzügen muss mindestens ein Aufzug Kinderwagen, Rollstühle, Krankentragen und Lasten aufnehmen können und Haltestellen in allen Geschossen haben. Dieser Aufzug muss von der öffentlichen Verkehrsfläche und von allen Wohnungen in dem Gebäude aus stufenlos erreichbar sein. Haltestellen im obersten Geschoss oder in den Kellergeschossen sind nicht erforderlich, wenn sie nur unter besonderen Schwierigkeiten hergestellt werden können.</p> <p><u>Eine Abweichung von Satz 1 ist bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches zuzulassen. Dies gilt nur wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegen und die Herstellung auf dem Baugrundstück nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.</u></p>	<p>Bei der Aufstockung von Bestandsgebäuden stellt die Pflicht zum Einbau eines Aufzuges oft ein großes bauliches und finanzielles Hindernis dar.</p> <p>² Vgl. Protokoll über die Sitzung der Bauministerkonferenz am 22. Februar 2019 in Berlin, S. 10ff</p>

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
14	49 Stellplätze und Garagen, Abstellplätze für Fahrräder	(4) 2. einschieben	<p>(4) Die Gemeinde hat den Geldbetrag nach Absatz 3 zweckgebunden zu verwenden für</p> <p>1. die Herstellung zusätzlicher oder die Instandhaltung, Instandsetzung oder Modernisierung bestehender Parkeinrichtungen <u>sowie Fahrradabstellanlagen,</u></p> <p>2. <u>die Herstellung zusätzlicher oder die Instandhaltung, die Instandsetzung oder die Modernisierung bestehender Ladeinfrastruktur für Kraftfahrzeuge und Fahrräder,</u></p> <p>3. sonstige investive Maßnahmen zur Entlastung der Straßen vom ruhenden Verkehr.</p> <p>(5) Ist nach der Art oder Nutzung einer Anlage mit einem erheblichen Zu- oder Abgangsverkehr mit Fahrrädern zu rechnen, sind geeignete Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in dem erforderlichen Umfang herzustellen.</p>	<p>Mit der Ergänzung Nr. 3 wird insbesondere die Verabredung aus dem Koalitionsvertrag zur Überprüfung der kommunalen Gestaltungsspielräume umgesetzt und diese an entsprechenden Stellen erweitert. Dies betrifft die erweiterte Verwendung von Ablösesummen für Stellplätze.</p>
15	49 Stellplätze und Garagen, Abstellplätze für Fahrräder	Neu (6)	<p><u>(6) Eine Abweichung von Absatz 1 ist bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches zuzulassen. Dies gilt nur wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegt.</u></p>	<p>Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches sollten vereinfacht werden. Ebenso wäre bei solchen Maßnahmen eine Erleichterung bei den Anforderungen an das barrierefreie Bauen und an die Stellplätze geboten.</p> <p>Es wird daher vorgeschlagen, einen neuen Absatz 6 zu ergänzen.</p>

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
16	50 Barriere- freies Bauen	(1) ergänzen	<p>(1) In Gebäuden <u>der Gebäudeklasse 3 bis 5</u> mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen mindestens eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein; diese Verpflichtung kann auch durch eine entsprechende Zahl barrierefrei erreichbarer Wohnungen in mehreren Geschossen erfüllt werden, <u>wenn die gesamte Grundfläche dieser Wohnungen die Grundfläche des Erdgeschosses nicht unterschreitet</u>. In diesen Wohnungen müssen die Wohn- und Schlaf-räume, eine Toilette, ein Bad, die Küche oder Kochnische sowie die zu diesen Räumen führenden Flure barrierefrei, insbesondere mit dem Rollstuhl zugänglich, sein. § 39 Abs. 4 bleibt unberührt.</p> <p><u>Eine Abweichung von Satz 1 ist bei der Teilung von Wohnungen sowie bei Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches zuzulassen. Dies gilt nur wenn die Baugenehmigung oder Kenntnissgabe für das Gebäude mindestens fünf Jahre zurückliegt.</u></p>	Vorhaben zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum durch Ausbau, Anbau, Nutzungsänderung, Aufstockung oder Änderung des Daches sollten vereinfacht werden.
17	60 Verfahrens- freie Bau- vorhaben, Beseitigung von Anlagen	(1)	<p>(1) ...</p> <p>5. folgende Masten, Antennen und ähnliche Anlagen:</p> <p>a) unbeschadet der Nummer 4 Buchst. b Antennen einschließlich deren Masten mit einer Höhe bis zu 10 m <u>auf Gebäuden gemessen ab dem Schnittpunkt der Anlage mit der Dachhaut, im Außenbereich freistehend mit einer Höhe bis zu 15 m</u> und zugehöriger Versorgungseinheiten mit einem Brutto-Rauminhalt bis zu 10 m³ sowie, soweit sie in, auf oder an einer bestehenden baulichen Anlage errichtet werden, die damit verbundene Änderung der Nutzung oder der äußeren Gestalt der Anlage,</p> <p>...</p> <p>15. folgende sonstige Anlagen:</p>	Um den Mobilfunkausbau zu erleichtern, sollen im Außenbereich künftig Masten bis zu einer Höhe von 15 Metern verfahrensfrei sein. Für den Innenbereich ist zur Klarstellung vorgesehen, dass bei Masten auf Gebäuden die maßgebliche Höhe von bis zu 10 Metern für die Verfahrensfreiheit sich nur nach den über das Gebäude hinausragenden Teilen des Mastes bestimmt.

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
			<p>a) nicht überdachte Fahrradabstellanlagen mit einer Fläche bis zu insgesamt 100 m² je Grundstück, überdachte Fahrradabstellanlagen mit einer Fläche bis zu insgesamt 40 m² je Grundstück sowie deren Zufahrten,</p> <p>b) Zapfsäulen und Tankautomaten genehmigter Tankstellen,</p> <p>c) Regale mit einer Höhe bis zu 7,50 m Oberkante Lagergut,</p> <p>d) Grabdenkmale auf Friedhöfen, Feldkreuze, Denkmäler, Skulpturen und sonstige Kunstwerke jeweils mit einer Höhe bis zu 4 m,</p> <p>d) Gaststättenerweiterungen um eine Außenbewirtschaftung, wenn die für die Erweiterung in Anspruch genommene Grundfläche 100 m² nicht überschreitet, und</p> <p><u>e) Ladestationen für Elektromobilität und die damit verbundene Änderung der Nutzung und</u></p> <p>f) andere unbedeutende Anlagen oder unbedeutende Teile von Anlagen wie Hauseingangsüberdachungen, Markisen, Rollläden, Terrassen, Maschinenfundamente, Straßenfahrzeugwaagen, Pergolen, Jägerstände, Wildfütterungen, Bienenfreistände, Taubenhäuser, Hofeinfahrten und Teppichstangen.</p>	
18	64 Bauvorlageberechtigung	(2)	<p>(2) Bauvorlageberechtigt ist, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Berufsbezeichnung „Architekt“ führen darf, 2. in die von der Ingenieurkammer Thüringen geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch in Thüringen, 3. die Berufsbezeichnung „Innenarchitekt“ führen darf, für die mit der Berufsaufgabe des Innenarchitekten verbundenen baulichen Änderungen von Gebäuden, oder 	<p>Gleichzeitig werden mit dem Gesetzesentwurf Impulse aktueller fachlicher Debatten auf Landes- und Bundesebene aufgegriffen. Dies betrifft zum einen die Bauvorlagenberechtigung nach § 64 zum anderen das Bauen mit Holz. Zur Stärkung des Handwerks und in Anbetracht der langjährigen positiven Erfahrungen in anderen Ländern wird eine eingeschränkte Bauvorlagenberechtigung für Handwerksmeisterinnen und -meister aufgenommen. Die für diesen Personenkreis eingeführte Verpflichtung, sich im Bereich des öffentlichen Baurechts fortzubilden richtet sich an die bauvorlageberechtigte Person und unterliegt nicht der Prüfpflicht der Bauaufsichtsbehörde.</p>

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
			<p>4. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau oder Bauingenieurwesen nachweist, danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen und Bediensteter einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, für die dienstliche Tätigkeit <u>oder</u></p> <p><u>5. Meister oder Meisterin des Maurer- und Betonbauer- sowie des Zimmerer-Handwerks oder diesen nach § 7 Abs. 3, 7 oder 9 der Handwerksordnung gleichgestellt ist, für die Gebäudeklassen 1 und 2, oder</u></p> <p><u>6. staatlich geprüfter Techniker oder staatlich geprüfte Technikerin der Fachrichtung Bautechnik mit dem Schwerpunkt Hochbau ist, in gleichem Umfang wie die in Nr. 5 genannten Personen, oder</u></p> <p><u>7. in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder einem durch Abkommen gleichgestellten Staat einen Ausbildungsnachweis erworben hat, der aufgrund einer schulrechtlichen Rechtsvorschrift als gleichwertig mit dem Abschluss zur staatlich geprüften Technikerin oder zum staatlich geprüften Techniker der Fachrichtung Bautechnik mit dem Schwerpunkt Hochbau anerkannt ist, in gleichem Umfang wie die in Nr. 5 genannten Personen, oder</u></p> <p><u>8. in einem der in Nr. 7 genannten Staaten zur Erbringung von Entwurfsleistungen nach Nrn. 5 und 6 rechtmäßig niedergelassen ist und diese Leistungen nur vorübergehend und gelegentlich in Thüringen erbringt, in gleichem Umfang wie die in Nr. 5 genannten Personen. Die Absätze 4 bis 6 gelten entsprechend.</u></p> <p><u>Die nach den Nummern 5 bis 8 Bauvorlageberechtigten sind verpflichtet, sich eigenverantwortlich im Bereich des öffentlichen Baurechts fortzubilden.</u></p>	

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
19	64 Bauvorlageberechtigung	(3) neu einschreiben	<p><u>(3) Bauvorlageberechtigt für</u></p> <p><u>1. Gebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen und insgesamt nicht mehr als 250 m² Brutto-Grundfläche,</u></p> <p><u>2. eingeschossige gewerbliche Gebäude bis zu 250 m² Brutto-Grundfläche und bis zu 5 m Wandhöhe, gemessen von der Geländeoberfläche bis zur Schnittlinie zwischen Dachhaut und Außenwand,</u></p> <p><u>3. Garagen bis zu 250 m² Nutzfläche</u></p> <p><u>sind ferner die Angehörigen der Fachrichtungen Architektur, Hochbau oder Bauingenieurwesen, die an einer deutschen Hochschule, einer deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule oder an einer dieser gleichrangigen deutschen Lehrereinrichtung das Studium erfolgreich abgeschlossen haben, sowie die staatlich geprüften Technikerinnen oder Techniker der Fachrichtung Bautechnik mit Schwerpunkt Hochbau und die Handwerksmeisterinnen oder Handwerksmeister des Maurer- und Beton- oder Zimmererfachs. ²Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staates sind im Sinne des Satzes 1 bauvorlageberechtigt, wenn sie in einem dieser Staaten eine vergleichbare Berechtigung besitzen und dafür dem Satz 1 vergleichbare Anforderungen erfüllen mussten. Absätze 4 bis 6 gelten entsprechend.</u></p>	Die Ergänzung soll Meisterbetrieben für ausgewählte Maßnahmen die Bauvorlage ermöglichen. Dies würde insbesondere die regionalen Baubetrieben helfen.

Lfd. Nr.	Paragraph	Absatz/ Nummer/ Buchstabe	Vorgeschlagene Textänderung als Überarbeitung der ThürBO mit Gesetzesentwurf vom 06.05.2020	Kommentar (Begründung für Änderung)
20	71a Typen- genehmi- gung	neu	<p><u>(1) Für bauliche Anlagen, die in derselben Ausführung an mehreren Stellen errichtet werden sollen, wird auf Antrag durch die obere Bauaufsichtsbehörde eine Typengenehmigung erteilt, wenn die baulichen Anlagen oder Teile von baulichen Anlagen den Anforderungen nach diesem Gesetz oder aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften entsprechen. Eine Typengenehmigung kann auch für bauliche Anlagen erteilt werden, die in unterschiedlicher Ausführung, aber nach einem bestimmten System und aus bestimmten Bauteilen an mehreren Stellen errichtet werden sollen; in der Typengenehmigung ist die zulässige Veränderbarkeit festzulegen. Für Fliegende Bauten wird eine Typengenehmigung nicht erteilt.</u></p> <p><u>(2) Regelt die Typengenehmigung Anforderungen an die Standsicherheit, den Brand-, Schall- und Erschütterungsschutz und stellt sie fest, welche dieser Anforderungen eingehalten sind, gilt sie insoweit als bautechnischer Nachweis im Sinne von § 65. Paragraph 87a Abs. 1 Satz 3 gilt mit der Maßgabe, dass § 16a Absatz 2, § 17 Absatz 1 und § 65 Absatz 1 entsprechend gelten.</u></p> <p><u>(3) Typengenehmigungen anderer Länder gelten auch im Land Thüringen, wenn die obere Bauaufsichtsbehörde die Einhaltung der Anforderung dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften bescheinigt hat.</u></p> <p><u>(4) Eine Typengenehmigung entbindet nicht von der Verpflichtung, ein bauaufsichtliches Verfahren durchzuführen. Die in der Typengenehmigung entschiedenen Fragen sind von der Bauaufsichtsbehörde nicht mehr zu prüfen.</u></p> <p><u>(5) Der Antrag ist schriftlich bei der obersten Bauaufsichtsbehörde einzureichen. Die Typengenehmigung bedarf der Schriftform. Sie wird befristet für die Dauer von fünf Jahren erteilt. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu 5 Jahre verlängert werden.</u></p>	<p>Um die Anwendung von seriellen Bauweisen und die Verwendung von Modulen zu unterstützen ist die Schaffung einer Regelung zu Typengenehmigungen (§ 71a) vorgesehen.</p> <p>Die Einführung von Typengenehmigungen wird von uns ausdrücklich begrüßt, da davon eine Verringerung des Planungs- und Genehmigungsaufwandes für die Bauwirtschaft zu erwarten ist und diese für eine Vielzahl von Bauvorhaben genutzt werden kann. Damit wird insbesondere das serielle Bauen zur Schaffung von Wohnraum gestärkt. Analog zu dem Beschluss der Bauministerkonferenz vom 22. Februar 2019³ wird die Einführung von Typengenehmigungen in die Brandenburgische Bauordnung unterstützt und nebenstehende Änderungen empfohlen.</p> <p>³Vgl. Protokoll über die Sitzung der Bauministerkonferenz am 22. Februar 2019 in Berlin, S. 10ff</p>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Ev. Kirche in Mitteldeutschland Landeskirchenamt	JPO"R
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michaelisstr. 33
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

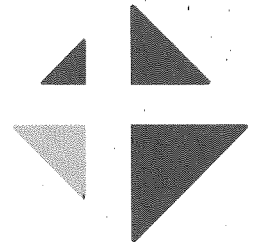
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Esperia, 31/8/2020	

DAS LANDESKIRCHENAMT



Das Landeskirchenamt | PF 800752 | 99033 Erfurt

An den
Thüringer Landtag
Referat A 2
Jürgen-Fuchs-Str. 1

THÜR. LANDTAG POST
14.08.2020 07:49

18834/2020

99096 Erfurt

Datum: 12.08.2020

Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/723 -

Ihr Schreiben vom 14. Juli 2020

Michaelisstr. 39
99084 Erfurt

Sehr geehrter Herr

wir nehmen Bezug auf den am 17. September 2020 tagenden Sitzungsausschuss im mündlichen Anhörungsverfahren zur Änderung der Thüringer Bauordnung und teilen Ihnen mit, dass seitens des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland auf eine Teilnahme an dem Termin verzichtet wird. Wie bereits mitgeteilt begrüßen wir die Änderung der Thüringer Bauordnung.

Sekretariat:

Mit freundlichen Grüßen

51

Kirchenrechtsrätin

www.ekmd.de

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum**des Thüringer Landtags****Anlage****Thüringer Gesetz zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/723 -

Welche grundsätzliche Auffassung vertreten Sie zum Entwurf des Artikels 1 eines Gesetzes zur Beschleunigung bauaufsichtlicher Verfahren der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 7/723?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
17. Juni 2020	Bernd Fundheller* Bürotätigkeit	Mobilfunkanlagen	Genehmigungsfreies Aufstellen von Mobilfunkmasten könnte zu Auswüchsen und Belastung in der Natur kommen

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.